AN SICH VERWERFLICHE BERICHTERSTATTUNG (laut Handelsgericht Wien)

TAblatt

PLUS 34 NUMMER gegründet 1988 mit Nummer minus 101 (7/95) 26. April 1995 PREIS: S 15,–

380 kV

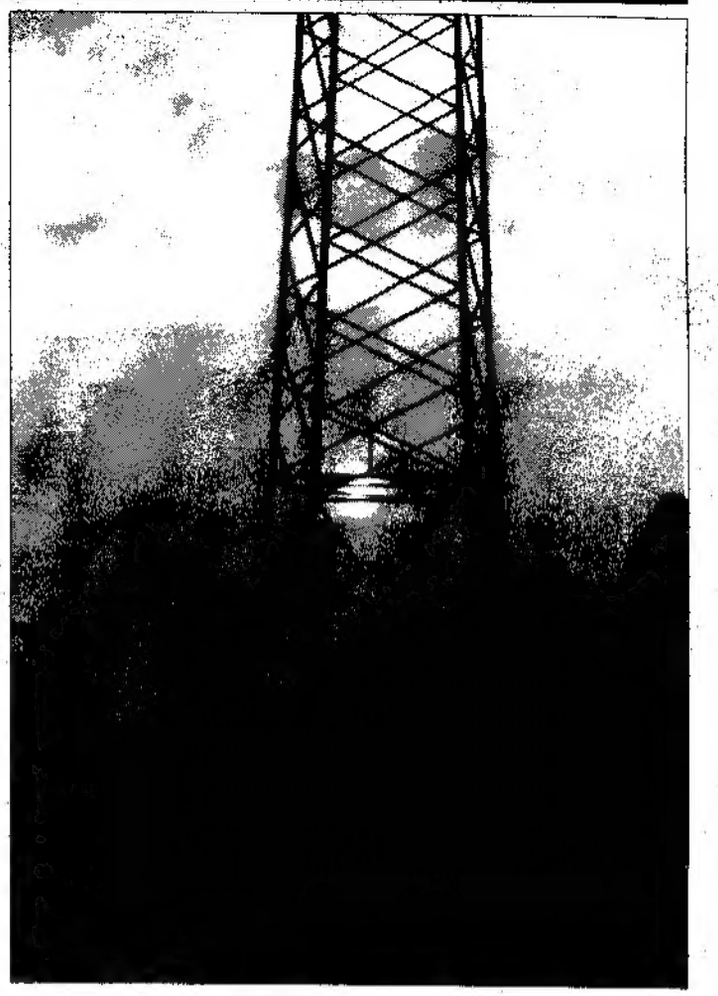
- Leitung
- Anschlag
- Folgen

Psychiatrie: Illegale Zwangsunterbringung

Kurdistan in Bedrängnis

Transitprofit

Die tragischen Vorgänge beim Mast der 380 kV-Leitung in Ebergassing/NÖ machen einen längst überfälligen Artikel notwendig. Denn die geplante 380 kV-Leitung im südlichen Burgenland wird bald eines der zentralen Themen des Widerstands gegen Großprojekte in Österreich sein. Während wir bereits letztes Jahr von der Bildung regionaler BürgerInneninitiativen berichtet hatten, und es dabei vor allem um die akute Bedrohung der Gesundheit derjenigen ging, die in unmittelbarer Nähe so einer Leitung leben müssen, soll heute ein wenig ausgeleuchtet werden, warum der Bau der Leitung so forciert wird.



TATblatt

Aus der Vielzahl kleiner regionaler BürgerInneninitiativen hat sich mittlerweile die BI SÜD gebildet. In ihrer Zeitung BISS (BürgerInitiative Süd Schurnal) wird mit einer ganzen Reihe von Argumenten gegen den Bau der 380 kV-Leitung durch das Burgenland gearbeitet. Das Hauptargument für die betroffene Bevölkerung bildet nach wie vor wahrscheinlich die gesundheitliche Gefährdung. Vor allem Studien aus Skandinavien bestätigen unter anderem erhöhte Blutkrebsraten bei Kindern und Beeinträchtigungen des Immunsystems durch das starke elektromagnetische Feld in Umgebung solcher Leitungen. Nachgewiesen wurden daneben auch, Verhaltensveränderungen bei Tieren (Bienen können sich z.B. nicht mehr orientieren), und Ernteeinbußen in der Landwirtschaft. Weiters fürchten die AnrainerInnen, daß Grundstücke in Nähe der Leitung massiv an Wert verlören; Schaden im Bereich des Tourismus werden erwartet. Auch auf einen kaum angesprochenen Effekt wird hingewiesen: durch den Betrieb so einer Leitung entstehen große Mengen bodennahes Ozon, und zwar ständig.

Und schließlich bringt die BürgerInneninitiative ein Argument, daß den Kern der Sache trifft: Die 380 kV-Leitung wird aus einem ganz bestimmten Grund so forciert. Die Leitung habe keinen anderen Zweck, als billigen Atomstrom aus dem Osten über Österreich nach Italien und Frankreich zu transportieren.

Massivpropaganda

Die Verbundgesellschaft bietet nun schon seit Jahren alle erdenklichen Winkelzüge der Überzeugung auf, um die Notwendigkeit einer 380 kV-Leitung im Burgenland zu vermitteln. Schon im Geschäftbericht 1993 heißt es: „Einen zentralen Punkt in der Aufgabenliste stellt der Ausbau des übergeordneten Netzes dar. Ein 380 kV-Ring erhöht die Versorgungssicherheit, bewältigt den steigenden Strombedarf, spart Energie und ist nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit den EU-Richtlinien dringend erforderlich. Am dringendsten benötigt wird die Verbindung zwischen Wien-Südost und dem Kainachtal." Daß die EU-Richtlinien bereits 1993 als Argumentationsstütze herangezogen werden, darf dabei nicht verwundern. Ebensowenig wie die Tatsache, daß sofort nach der EU-Abstimmung in einem halbseitigen Standardinserate unter dem Titel „Europareife auch bei der Energieversorgung" darauf hingewiesen wird, daß „das Burgenland bekanntlich Förderzone 1" wird. Und weiter: "Das bedeutet, daß Geld ins Land fließen wird, neue Betriebe sich ansiedeln und zusätzliche Arbeitsplätze entstehen werden."..."Eine der ersten Fragen in diesem Zusammenhang ist die nach der Infrstruktur: Straßen, Schienenwege und - Energieversorgung!" Es folgen Argumente, daß Stromausfälle drohen, Versorgungsengpässe, fehlende Versorgungssicherheit,...Auf dieser Schiene fahren auch die zuständigen Landespolitiker, sowie jede Menge obskurer Vereine, wie zum Beispiel das Wirtschaftsforum der Führungskräfte im Burgenland. Und auch in der Koalitionsvereinbarung anläßlich der letzten Regierungsbildung wird der zügige Ausbau der 380 kV-Leitung im Burgenland als das einzige konkret angeführte Projekt genannt.

Die Bürgerinitiative hält dagegen, daß die derzeit bestehende 110 kV-Leitung selbst im Winter, wenn alle E-Heizungen eingeschalten sind, nur zu etwas mehr als zwei Drittel ausgelastet sei. Es bestehe also eine Reserve von fast einem Drittel. Auf einer 380 kV-Leitung wird aber 14x mehr Strom transportiert. Das ist 20x soviel, wie derzeit verbraucht wird. Von der Strommenge einer 380 kV-Leitung würden die Burgenländer nur etwa 5% benötigen. Hinzu kommt noch, daß die bestehende 110 kV-Leitung nicht abgebaut wird (höchsten teilweise auf den neuen Masten mitverlegt wird).

Derzeit verbraucht die Industrie im Burgenland etwa 17% des Stroms. Selbst die utopische Annahme eines 30% Wachstums im industriellen Bereich durch den EU-Beitritt würde also den Stromverbrauch nur um etwa 5% steigern.

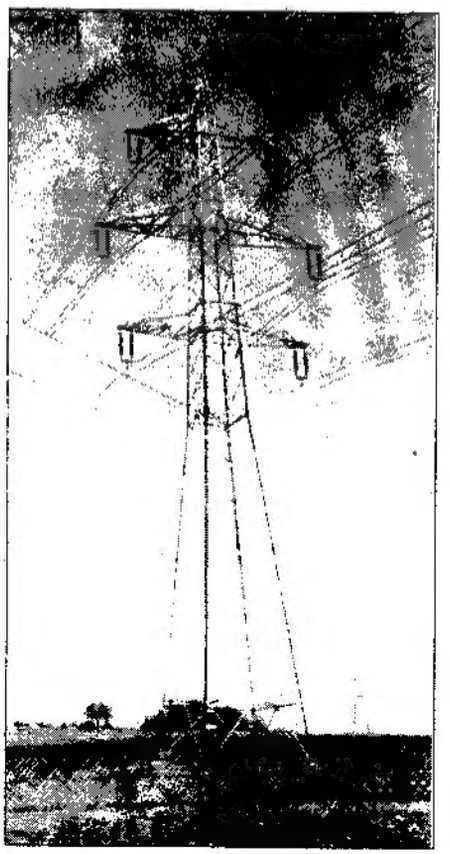
Und auch für die Versorgungssicherheit wäre eine Südeinspeisung mit 14facher Überkapazität glatter Wahnsinn. Vor allem wäre der ohnedies benachteiligte äußerste Süden auch dann noch nicht mit mehr Sicherheit versorgt, da die Leitung im Bereich Litzelsdorf das Burgenland in Richtung Wörth/Stmk verlassen wird.

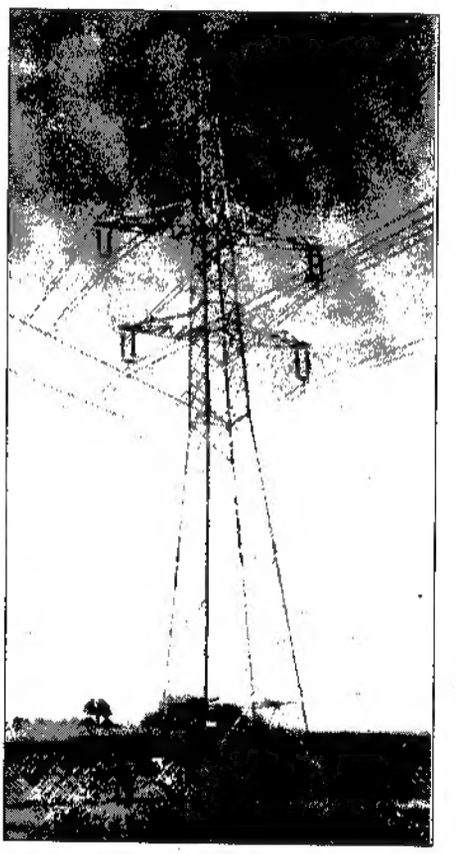
Wozu also?

Es geht um Milliarden: nämlich um die Transitgebühren für die Durchleitung von Strom durch Österreich. Eine ganze Reihe von Indizien sprechen dafür, daß die große

Antriebsfeder der erwartete Profit sein dürfte, der sich aus der Durchleitung billigen Atomstroms aus Ländern Osteuropas in Länder der EU erzielen lassen wird. Die Verbundgesellschaft liefert die Argumente selbst, etwa in der Österreichischen Zeitschrift für Elektrizitätswirtschaft (3/4 1983), in der Verbundgeneraldirektor Fremuth die Ziele seiner Gesellschaft beschreibt: „... und in der Absicht, Österreich, wenn möglich die zentrale Rolle eines Stromtransitlands zwischen Westeuropäischen Partnern und darüber hinaus zwischen RGW-Ländern (ehem. sogenannter Ostblock) und UCPTE-Ländern (Westeuropa) zu sichern, beschloß der Vorstand der Verbundgesellschaft, mit Genehmigung des Aufsichtsrates im Jahre 1980, das nunmehr laufende Investitionsprogramm für den Aufbau und Ausbau eines zumindest zweisystemigen 380 kV-Stromtransportsystems in Österreich...". Kein Wort von Versorgungssicherheit innerhalb des Landes, ja sogar noch deutlicher (ebenda): „Es wird das Geschick der Kaufleute der österreichischen Elektrizitätswirtschaft bedürfen, ein derartig großleistungsfähig ausgelegtes Stromtransportnetz entsprechend in bare Münze zu verwandeln." Allein diese Zitat zur Enstehungsgeschichte zeigt, was von der heutigen Argumentation zu halten ist.

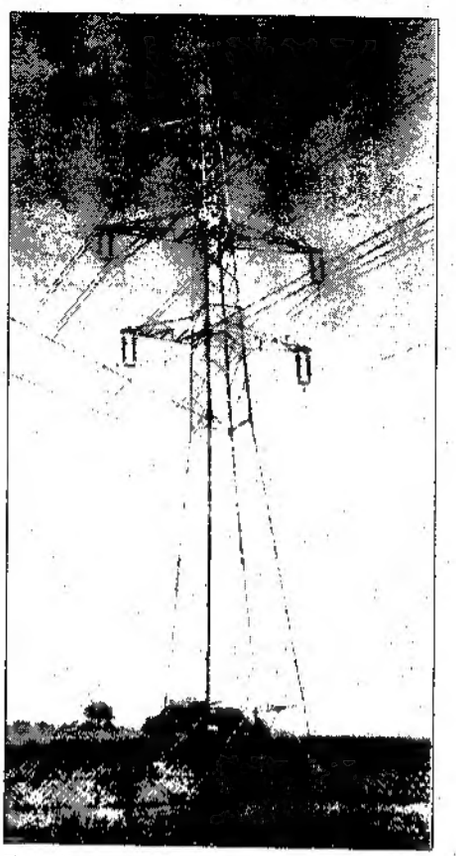
Die 380 kV-Leitung wird an ganz bestimmten Stellen mit Osteuropa verbunden werden, derzeit sind dazu noch sogenannte Gleichstromkurzkupplungen nötig (wegen der tieferen technischen Standards bei unseren Nachbarstaaten). Eine Gleichstromkurzkupplung ist eine gewaltige Anlage, die eine Investition in Milliardenhöhe notwendig macht. In ganz Europa gibt es bis jetzt nur drei davon: eine in Deutschland, zwei in Österreich: In Dürnrohr und in Wien-Südost. Die Anlagen sind verlegbar. Die Bürgerinitiative nimmt folgende Vorgangsweise an: Bis zum Jahr 2000 werden die östlichen Kernstaaten (Tschechien, Slowakei, Ungarn etc.) den westlichen Standard in der E-Wirtschaft erreicht haben. Gleichstromkupplungen in Dürnrohr und Wien-Südost wären dann sinnlos und überflüssig. Östlich von Ungarn und der Slowakei wird der Standard aber niedrig bleiben. Die Gleichstromkurzkupplungen werden dann also in die Ostslowakei und nach Ostungarn verlagert werden, wo heute schon gigantische 750 kV-Leitungen enden, die aus Rußland und der Ukraine kommen. Für all diese Projekte ist die 380 kV-Leitung im Burgenland von entscheidender Bedeutung.





Atomstrom

Seit der öffentlichen Diskussion um Mochovce ist es um ein Projekt ruhiger geworden, zurückgezogen wurde es jedoch nicht: eine direkte Verbindung zum slowakischen Stupava (und somit zum Mochovce-Reaktor). Und anläßlich dieser Diskussion bemüht sich die Verbundgesellschaft zu versichen, daß die 380 kV-Leitung im Burgenland nicht dem Atomstromtransit dienen soll. Es gäbe weder entsprechende Verträge noch Absichten mit Mochovce. Abgesehen von der Unglaubwürdigkeit solcher Aussagen, wird es nach EU-Gesetzen gar nicht möglich sein, auszuwählen, woher Strom nach Österreich kommen, soll, und wohin er fließen wird. Wenn beispielsweise Italien Strom von



Temelin, Dukovany, Bohunice oder Mochovce beziehen will, so wird bei Bestehen einer 380 kV-Leitung diese zum Transit zur Verfügung gestellt werden müssen. Und irgendwer in Österreich wird kräftig dran mitverdienen.

Was nun?

Die Situation der Bürgerinitiative ist nach einem OK der Burgenländischen Landesregierung eine schwierige. Weder den wissenschaftlichen Nachweis einer Notwendigkeit noch Umweltverträglichkeitsprüfung (mit oder ohne BürgerInnenbeteiligung) war dazu notwendig. Der Widerstand, der bisher vor allem auf behördlicher Ebene gelaufen ist, wird neue Wege finden müssen. Doch dazu mehr ein andermal.

★

Der Feind steht links!

Am Mittwoch den 19. April werden im Rundfunk die ersten Berichte über den mißglückten Anschlag bei Ebergassing gesendet. Bis zum späten Abend heißt es die gefundenen Toten könnten nicht identifiziert werden. Währenddessen werden mehrere Hausdurchsuchungen „im Umfeld" von Peter und Gregor durchgeführt. Eine betrifft das Ernst-Kirchweger-Haus (EKH) in Wien. In den darauffolgenden Tagen hetzen JournalistInnen und PolitikerInnen. Tageszeitungen werden offenbar Stapoakten von Peter und Gregor zugespielt.

zwei vom TAblatt

Mit einem Durchsuchungsbefehl ausgestattet wurde das EKH spätabends am 19. April umstellt. Mit dabei war die paramilitärische Einheit der Wiener Polizei (WEGA) und diverse technische Hilfsmittel (2 Wasserwerfer, Trettgitter). Die anwesenden BewohnerInnen des Hauses und BesucherInnen des Antifa-Cafes erfuhren erst nach und nach welchen Vorwand die Polizei für den Aufmarsch mitbrachte. Alle Anwesenden wurden fotografiert, Ausweise kontrolliert, einige auch durchsucht. Dasselbe wiederfuhr auch PassantInnen vor dem EKH.

Angesichts der Übermacht begannen Verhandlungen mit der Polizei über die Form der Durchsuchung. Die Polizei verlangte, daß die BewohnerInnen zuerst das Haus verlassen sollten. Die Leute vom EKH boten an die Räume zu öffnen, wenn sie die Durchsuchung begleiten könnten. Nach einiger Zeit wurde diese Vereinbarung erzielt. Den anwesenden Beamten der paramilitärischen WEGA-Einheit kümmerte diese Vereinbarung nichts. Sie begannen die Durchsuchung im ersten Stock so wie sie es gelernt hatten. Im Bereich des Roma-Vereins und der türkischen ATIGF wurden die Türen entweder mit Brecheisen aufgebrochen oder schlicht mit Vorschlaghämmern eingeschlagen. Schlafende Roma wurden aus den Betten gezerrt, einer geschlagen und die Zimmer verwüstet. Nachdem sich die WEGA`s ausgetobt hatten wurde die weitere Durchsuchung nach Vereinbarung durchgeführt.

Gefunden wurde nichts. Laut Durchsuchungsbefehl hätten die Beamten nach Sprengstoff suchen sollen. Nach Abbruch der Durchsuchung beschlossen sie dafür einen Computer in Gewahrsam zu nehmen. Den mittlerweile anwesenden RechtsanwältInnen des EKH wurde mitgeteilt, daß der Journalrichter eben den Durchsuchungsbefehl erweitert habe.

Warum das Ganze ?

Nicht übersehen sollte werden, daß Polizei und Justizbehörden die Trauer als Waffe einsetzen: Wer immer beschloß, das Ernst Kirchweger Haus zu durchsuchen, war sich bewußt, daß dort für die ErmittlerInnen im Fall Ebergassing nichts zu finden war. Bereits vor zwei Jahren war Gregor von einem Gericht wegen „listiger Umtriebe zur Umgehung der Wehrpflicht" verurteilt worden, weil er im EKH eben NICHT für die Behörder erreichbar war. Sehr großes Interesse entwickelte die Behörde jedoch bei der „Ausleuchtung" des EKH-Umfelds. Ein sehr weitläufig um das Haus gezogenes Sperrgebiet

Keine Spekulationen !!

Laut Presseberichten fahndet die Polizei nach weiteren Beteiligten eines versuchten Sprengstoffanschlages auf einen Strommasten in NÖ. Die Polizei hat in der Nacht von 19.4. auf 20.4. bereits mehrere Hausdurchsuchungen durchgeführt. Das Ernst-Kirchweger-Haus wurde durchsucht, schlafende Roma aus dem Bett geprügelt, Wohnungen verwüstet und ein Computer beschlagnahmt.

Es ist damit zu rechnen, daß sie auch in anderen Szene-Zusammenhängen herumschnüffeln werden. Selbstverständlich werden sie ihre Schnüffelei nicht nur auf den konkreten „Fall" beschränken, sondern werden natürlich versuchen soviele Infos wie möglich aus der sogenannten Szene rauszukriegen.

Damit ihre Suche erfolglos bleibt, ist es absolut wichtig, daß ALLE ihr MAUL HALTEN !!

Dies betrifft nicht nur Aussagen, wenn irgendwelche Fragen von Polizei, Justiz und JournalistInnen kommen, sondern genauso Klatsch und Tratsch in der Szene. Es gibt keinen Grund darüber zu reden, wer sich was vorstellen kann, wer wann was gemacht haben könnte oder zuletzt da und dort gesehen worden ist. Mögliche Gesuchte zu schützen, heißt nicht, zu spekulieren, wer sich warum vielleicht komisch verhält oder wer sich wo vielleicht aufhält.

Polizei und Justiz wollen (re)konstruieren, wer alle mit Peter und Gregor was zu tun hatten. Deshalb: Keine Spekulationen über ihre Bekannten und FreundInnen.

Eine für die Ermittlunsbehörden im Moment wichtige Informationsquelle ist die Gerüchteküche der Szene. SpitzelInnen und Zivis haben lange Ohren. Sorgen wir dafür, daß diese Quelle versiegt!

Wenn ihr denkt, daß ihr unter Umständen von irgendetwas betroffen seid und deshalb reden wollt, macht das nicht in Wohnungen oder Szenekneipen und überlegt euch genau mit wem.

Keine Aussagen bei Polizei, Justiz und JournalistInnen !
Keine Spekulationen und kein Getratsche in der Szene !
Anna, Arthur und alle anderen halten's Maul !

Autonome

ermöglichte es, alle Leute, die in Unkenntnis der Zusammenhänge und aus Solidarität in Angst vor einer Räumung mitten in der Nacht nach Favoriten gefahren sind, zu kontrollieren; vielfach auch durchzusackeln.

Die Umstände des Todes von Peter und Gregor sind nicht geklärt, und sie werden auch wohl kaum zu klären sein. Den Behörden aber geht es nicht um die Klärung dieses Todes. Für sie ist es nichts anderes als eine Chance, eine kritische Öffentlichkeit zu beobachten, einzugrenzen, eben: Infos über Linke zu sammeln.

Über Personen, Umstände und Zeitpunkte Spekulationen anzustellen hilft nicht der Klärung der Todesumstände von Gregor und Peter, sondern lediglich der Polizei bei der „Ausleuchtung" kritischer Öffentlichkeit...

★

Die Produktion des vorliegenden TATblatts war geprägt vom Tod zweier Leute aus der Linken in Ebergassing. Das hatte weniger Auswirkungen auf den Inhalt - der Artikel über die 380 kV-Leitung war bereits seit Wochen geplant - als auf die Bedingungen der Produktion: Da sind immerhin zwei Leute gestorben, die viele Leute in der Linken seit Jahren kennen...

...zwei Leute, die oftmals zu politischen und sozialen Problemen in einer Art Stellung genommen haben, wie wir sie für richtig gehalten haben:

- gegen Militär
- gegen Sozialabbau
- gegen rassistische Gesetze
- gegen Zerstörung der Umwelt
- für eine Kultur „von unten" als Ausdruck des täglichen Lebens

Es steht wohl außer Diskussion, daß ALLE, die irgendeinen Bezug zu Peter und Gregor hatten, sich wünschen, daß diese Aktion - so sie überhaupt eine war - nie durchgeführt worden wäre; und zwar aus persönlicher Betroffenheit, und nicht aus irgendeiner „Schnellanalyse".

Wer nichts Eiligeres zu tun hat, als sich von zwei Toten zu distanzieren, betreibt „Politik" als Geschäft.

Es gibt eine Zeit der politischen Analyse, und eine Zeit der Trauer; und jetzt ist, mit Verlaub, eine Zeit der Trauer!

Die Zeit der Analyse wird folgen...

Reaktionen, Wortmeldungen...

19. April:

- Die burgenländische „Bürgerinitiative Süd" will sich *„von jedweden rechtswidrigen Aktivitäten distanzieren"*. Die Bürgerinitiative Süd habe in ihrer Arbeit gegen die geplante 380kV-Leitung den Boden des Rechtsstaates noch nicht verlassen. Auch in Zukunft will sie auf diesem Boden bleiben, denn *„vor allem unser Glaube in den Rechtsstaat Österreich gibt uns die Gewißheit, daß die geplante 380kV-Leitung vom Umspannwerk Wien zum Umspannwerk Kainachtal nicht gebaut werden kann"*.

20. April:

- Bei einer Pressekonferenz gemeinsam mit Michael Sika, Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, meint Innenminister Einem, daß die beiden *„der linken und autonomen Szene"* angehört hätten. Es gebe jedoch *„keinen Anlaß für irgendwelche politischen Spekulationen"*.
- Noch-Außenminister Mock meinte in einer Radiosendung: *„Wenn brutale Gewalt angewendet wird, muß die wehrhafte Demokratie mit aller Härte des Gesetzes reagieren."* Mock möchte *„die Freiheit des politischen Bekenntnisses ausweiten"*, es sei nämlich falsch, wenn *„wer rechts steht, gleich als Faschist"* verurteilt werde. Die innere Sicherheit solle verstärkt werden, *„den Datenschutz sollte man nicht so weit treiben, daß man auch die Verbrecher schwerer findet."*
- Partik-Pable (F) verlangt von Innenminister Einem, die linksextreme Szene in Österreich *„genauestens zu durchleuchten und vor allem zu recherchieren, ob es Zusammenhänge zwischen den Anschlägen von Ebergassing und Oberwart gebe."*
- Monika Langthaler (Grüne): *„Die Grünen sind immer gegen jede Form der Gewalt massiv aufgetreten. Der Anschlag ist absolut zu verurteilen."* Das Verbrechen sei *„mit aller Konsequenz und Schärfe"* aufzuklären.
- Der Wiener Stadtrat Johann Hatzl meint, die Leitung müsse *„jetzt erst recht"* fertiggebaut werden.

21. April:

- Das Innenministerium teilt mit, daß *„nach dem bisherigen Ermittlungsstand aus der Zusammensetzung der Sprengladung kein Zusammenhang mit den bei anderen Anschlägen verwendeten Sprengmitteln gegeben ist."* Innenminister Einem stellt fest, daß *„dort, wo mit Sprengsätzen agiert wird, jede Politik endet und der Terrorismus beginnt. Ich bin weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind - im Gegenteil, ich werde gemeinsam mit meinen Mitarbeitern scharfsichtig in alle Richtungen blicken um Gefährdungen möglichst rasch zu erkennen. (...) Auch wenn es einen Unterschied zwischen Anschlägen auf Menschen zu jenen auf Sachen gibt, dort wo die Sicherheit gefährdet ist, gibt es nur unser entschiedenes Handeln."*
- Gefragt von „täglich Alles", ob er Angst vor Anschlägen hätte, antwortet Raimund L. (40) aus Steinbach: *„Autofahren ist heute viel gefährlicher"*.
- Wiener F-Chef Pawkowicz plant in der Gemeinderatssitzung am 28. April die Subventionspolitik an *„linksextreme Gruppierungen"* zu hinterfragen (Jööö, er spricht wieder übers TATblatt). In der F-Anfrage werden Bürgermeister Häupl und Kulturstadträtin Pasterk gefragt, *„ob Sie auch weiterhin die Bereitschaft haben, linksextreme Vereine zu unterstützen und so Steuermittel dem Bombenterror zufließen zu lassen."*
- SOS-Mitmensch möchte sich *„die Demokratie nicht kaputt bomben lassen. Ziel des rechten wie linken Terrors sei die Zerstörung demokratischer Politikmodelle."* SOS-Mitmensch sei *„nicht gegründet worden, um die öffentliche Stromversorgung zu sichern."*
- F-Haider meint in einer Pressekonferenz, daß vor allem die Grünen Erklärungsbedarf hätten (Dunstkreis und so). Es gebe *„eine Reihe von Evidenzen"* dafür, daß auch die Rohr- und Briefbombenattentate von der linksextremen Szene durchgeführt und rechten Gruppen *„in die Schuhe geschoben"* worden seien. Im TATblatt sei wiederholt zur Gewalt aufgerufen worden. Haider beklagt sich über zweierlei Maß - während bei den BezieherInnen der Zeitschrift „Aula" Hausdurchsuchungen durchgeführt worden seien (in der Folge der burgenländischen Rohrbombenattentate), sei ihm kein ähnliches Vorgehen bei BezieherInnen des TATblatts bekannt. Zum Journalisten Purtscheller meinte er: *„Der befindet sich auf freiem Fuß, der unterrichtet unsere Kinder. Da stimmt doch etwas nicht in unserem Land."*
- SP-Cap möchte *„mit aller Deutlichkeit"* die Aussagen zurückweisen. Haiders Kritik an Einem sei eine *„bewußte Falschinformation und Agitation"*. Haiders Beitrag bestehe lediglich *„aus einer Menschenjagd gegen kritische Journalisten und der Konstruktion einer linken Weltverschwörung."* Er sehe offenbar *„eine probates Mittel, um vom Rechtsextremismus abzulenken und die Theorie einer linken Weltverschwörung wieder hervorzukramen."*
- Die Wiener Grünen: Peter Pilz möchte selbstverständlich eine genaue Aufklärung der Hintergründe des geplanten Bombenanschlages. Bei der Klubklausur wurde einstimmig jede Form der Gewalt verurteilt - *„natürlich auch alle Formen von Gewalt gegen Sachen."* Die Grünen würden auch weiterhin keinen Dialog mit gewaltbereiten Gruppen führen. *„In unseren Reihen hat niemand etwas zu suchen, der sich nicht klar zum Prinzip der Gewaltlosigkeit bekennt."*

Presseerklärung des Ernst-Kirchweger-Hauses vom Sonntag den 23. April:

Ebergassing, eine menschliche und politische Katastrophe

Das Ernst-Kirchweger-Haus, auch als Wielandschule bekannt, wurde in den letzten Tagen in den Medien als „Zentrum linker Gewalt" dargestellt. Dagegen verwehren wir uns. Das EKH ist ein linkes, selbstverwaltetes, multikulturelles Zentrum, in dem die verschiedensten Menschen zusammenleben, arbeiten, feiern, debattieren....

Hier gibts eine Kindergruppe, Roma, Flüchtlinge, Autonome, AfrikanerInnen, KurdInnen, Theatergruppen, Musikbands, die Antifa 10, ein Kino, einen Infoladen, eine Altenbetreuungsgruppe, Hunde, Katzen und Kaninchen.

Unseren schwarzen, braunen und weißen Kinder gehen hier in Favoriten in die Schulen, unter unseren Gästen sind ArbeiterInnen, KünstlerInnen, StudentInnen, Grüne, ChristInnen, AnarchistInnen, SozialistInnen, KommunistInnen, Sekretäre, Cinephile und vieles andere mehr...

Es stimmt, daß wir vom Ministerium für Unterricht und Kunst einen einmaligen zweckgebundenen Zuschuß von 60.000,- Schilling erhalten haben, es stimmt auch, daß alle KulturveranstalterInnen in Wien darüber staunen, wie wir seit nunmehr fast drei Jahren ohne jegliche weitere Subvention ein breitgefächertes kulturelles Program bieten können.

Unsere politische Arbeit bestand in den letzten Jahren in Bemühungen, dem Rechtsruck entgegenzuarbeiten, Menschenrecht und Bleiberecht für ausländische Menschen in Österreich einzufordern, in Kampagnen gegen Fremdenhaß, gegen die menschenverachtende Flüchtlingspolitik in der Ära Löschnak, gegen den Beitritt Österreichs zur EU, gegen das Sozialpaket.

Mit politischer Gewalt hatten wir uns notgedrungen auseinanderzusetzen, wurden doch die Roma an Neujahr 1994 - vermutlich von gegenüberliegenden Häusern aus - beschossen, haben doch viele der Flüchtlinge grausame Erfahrungen von Folter in ihren Heimatländern hinter sich, befürchten wir doch seit Oberwart, daß wir die nächsten Opfer von Nazibomben werden könnten.

Gregor Thaler war einer von denen, die dieses Haus in einer gewaltfreien politischen Aktion besetzt und von der KPÖ Mietverträge erstritten haben. Er hat sich aber nach und nach zurückgezogen und wohnte seit zwei Jahren nicht mehr hier.

Als Totalverweigerer, der sich seit Jahren erfolgreich dem Militärdienst entzogen hatte, hätte er sich in diesem ständig von der Polizei besuchten Haus nicht sicher gefühlt.

Wir wissen immer noch nicht, was in Ebergassing genau passiert ist. Es ist schwer, in den Presseberichten Ermittlungsergebnisse von wilden Spekulationen zu unterscheiden.

Auch die Motive sind bei weitem noch nicht klar, auch wenn verschiedene rechtsgerichtete Blätter das behaupten und auszuschlachten versuchen.

Für uns ist nur eines klar: Die Bomben von Ebergassing sind eine politische und menschliche Katastrophe.

Gleichzeitig sind wir aber entsetzt über die Versuche von Kronenzeitung und Vorkämpfern für eine „Dritte Republik", die Bomben von Ebergassing in eine Reihe zu stellen mit den Briefbombenserien, den Morden von Oberwart, dem Anschlag von Stinatz, der Rohrbombe von Klagenfurt/Celovec. Bei diesen handelte es sich um professionell geplante, in mörderischer Absicht gegen Menschen gerichtete Bomben, der Anschlag von Ebergassing war offensichtlich gegen einen Strommasten gerichtet. Eine Gleichsetzung der faschistischen Morde und Mordversuche mit einer Sabotageaktion ist zynisch und kann nur dazu dienen, eine politische Hetzjagd gegen alle Linken zu inszenieren und den politischen Rechtsruck zu verschärfen.

Noch absurder sind die Unterstellungen, Linke hätten rechte Anschläge ausgeführt, um sie den Rechten in die Schuhe zu schieben.

Um diese Möglichkeit auszuschließen, muß man nicht die Täter kennen, die Taten selber bezeichnen sie hinreichend als Faschisten.

Wir rufen alle fortschrittlichen Kräfte dazu auf, nicht einer rechtspopulistischen Hetze Vorschub zu leisten, die sich offensichtlich zum Ziel gesetzt hat, die Linken in ihrer Gesamtheit zu kriminalisieren, sondern die Dinge in sachlicher Weise aufzuarbeiten.

Wir trauern um Gregor und Peter

Schwierigkeiten mit Polizei oder Justiz sind nicht der Weltuntergang. Sie sind nicht einmal ein Grund zur Panik...

Streß mit Gerichten, PolizistInnen und folglich auch teuren bzw überhöhlichen (zumindest aber schwer zeitgestreßten) AnwältInnen sind einfach sehr unangenehm. Auf diesen Streß kann mensch sich vorbereiten: mit fundierten Infos über Rechte und Möglichkeiten, längerfristiger Entwicklung von Verfahrensstrategien, Rollenspielen...

Wir machen daher ab sofort:

First Aid for Justice And Peace!

- Wann brauche ich überhaupt eineN AnwältIn?
- Wie bekomme ich Akteneinsicht?
- Wie verhalte ich mich bei Einvernahmen?
- Wie führe ich einen Strafprozeß/ ein Verwaltungsstrafverfahren?
- Welche Erfahrungen haben andere in ähnlichen Situationen/Strafverfahren gemacht?
- Was hat meinE AnwältIn zu erklären vergessen...?

Bei uns findet Ihr:

- Alle notwendigen Gesetzestexte und Kommentare
- Jede Menge Literatur über frühere/ähnliche/sonstige Verfahren
- alles Notwendige zur „Ersten Hilfe" in juristischen Notsituationen
- Infos über Rechthilfe (Blanko-Infoblätter und -flugis für den Demogebrauch)
- halbwegs verständliche Erläuterungen zum Gesetzes-Neusprech
- Rollenspiele, Rollenspiele, Rollenspiele,...
- und „praxisgeschultes Personal".

Nicht vom Rechtsruck klein kriegen lassen — Selber agieren!

Kontakt:

jeden ersten und dritten Montag im Monat (außer Feiertags) von 17 bis 19 Uhr
in Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11
in besonders dringenden Fällen eine Nachricht per Telefon (0222/596 80 78) hinterlassen. Keine telefonische Beratung!

Gorleben und Umgebung am 24. April und überhaupt

Castor auf Reisen?

Castor-Verladekran zum Verladen von Bahn auf LKW

Der Transport des Atommüllbehälters "Castor" vom AKW Phillipsburg in das seit mittlerweile siebzehn Jahren umstrittene "Zwischen"lager Gorleben in Niedersachsen (BRD) steht unmittelbar bevor (bzw. wurde bei Erscheinen dieses TATblatts bereits vollstreckt oder verhindert). Zuletzt wurde der 24. April als Reisetag kolportiert. Im vergangenen Herbst konnte der Transport durch massiven Druck von der Straße bzw. von der Schiene im letzten Moment noch verhindert werden. Ein dazu hilfreicher Sicherheitsbedenken äußernder Beschluß des zuständigen Verwaltungsgerichtes wurde allerdings bereits am 23. Jänner vom Oberverwaltungsgericht aufgehoben. Nun steht nach Aussagen des niedersächsischen (SPD-)Innenminister einer der größten Polizei-Einsätze in der Geschichte der BRD bevor. Ein Sprecher seines Ministeriums konkretisiert dazu pathetisch: "Viele, viele tausend Polizisten".

TATblatt

AtomgegnerInnen wollten "den Castor verhindern, bevor er losfährt", also bereits im Vorfeld wieder soviel Druck erzeugen, daß es den BetreiberInnen nicht mehr opportun erscheint, den Castor auf die Reise zu schicken. Dazu wurde versucht, die ganze Breite des Protests und Widerstands sichtbar zu machen und aufzuzeigen, daß ein Transport unkalkulierbare Folgen haben kann. Die Palette der Aktionen reichte von Zeitungsanzeigen über Demos und Blockaden bis zu Sabotage.

Entgegen den geschürten Verschwörungstheorien über ChaostouristInnen aus halb Europa beteiligte sich daran auch massiv die lokale Bevölkerung, vor allem unzählige BäuerInnen. Zuletzt blockierten vor der Großdemonstration am 22. April insgesamt rund 70 BäuerInnen mit Traktoren zwei Polizei-Unterkünfte in Dannenberg. In Dannenberg (in der Nähe Gorlebens) soll der Castor von der Schiene auf die Straße umgeladen werden.

Bereits im März riefen 339 Menschen in einer Zeitungsanzeige zur "öffentlichen und gemeinsamen Schienendemontage vor dem Danneberger Castor-Verladekran" auf. Nach einer legalen Kundgebung begaben sich rund 800 Leute – bereits deutlich weniger legal – auf die Gleise und sägten und schraubten vor den Augen der Polizei nach Herzenslust an den Schienen. Der Bundesgrenzschutz rastete dabei – laut "telegraph" – ein paar Mal aus und nahm 4 Personen fest, insgesamt waren die binnengrenzschützenden wie auch lokalen PolizistInnen aber verunsichert von den vielen einheimischen "BürgerInnen".

Am 21. oder 22. April fand auch wieder ein groß angelegter Notbremstag statt. Die mit dem Castor-Transport betraute Deutsche Bahn (DB) sollte bundesweit durch wiederholtes Ziehen von Notbremsen in den verschiedensten Zügen so weit wie möglich lahm gelegt werden. Ebenso häufte sich in letzter Zeit wieder einmal das Erscheinen von Fremdkörpern auf den Fahrleitungen der DB, welche im Zusammenwirken mit den Stromabnehmern der DB-eigenen Lokomotiven für weitläufige Demontage der Oberleitungen sorgten.

Am 13. April wurde in Brandenburg ein Mast einer 380 kV-Übertragungsleitung unter Bezugnahme auf den Castor-Transport umgesägt (siehe BekennerInnenschreiben).

Eine riesige – und selbstverständlich längst verbotene – Demonstration fand am 22. April in Dannenberg statt. Aus halb Deutschland wurden Busse dorthin geführt (schon einmal deswegen, weil im Raum Dannenberg mit Unterbechungen im Zugsverkehr gerechnet werden mußte). Daran anschließend sollte das wiedererrichtete Hüttendorf "Castornix" bezogen werden, um sich erneut auf eine längere Zeit des Widerstands vor Ort einrichten zu können. Wie das alles verlaufen ist, können wir im Moment leider noch nicht berichten.

Räumung des Hüttendorfes „Castornix", 13. Juli '94

Fortsetzung von Seite 7

"Die diffuse Breite und Vielfalt, diese Unkalkulierbarkeit, diese Flexibilität ist es, welche jene Mischung hervorbingt, die der Gegenseite Kopfschmerzen zu bereiten vermag und die von Beginn an die Stärke der Anti-AKW-Bewegung ausmacht. Denn der Protest und Widerstand, der gegen den Castor deutlich wird, ist immer auch zentraler Bestandteil des Kampfes gegen das Atomprogramm. Dieses ist finanziell und strukturell auf große Konzerne, Massenproduktion und -verbrauch zugeschnitten. Die Monopole der Energieerzeuger und Atomfirmen blockieren eine flexible, ökologische und der jeweiligen Region, angepaßte Energieerzeugung. Auch ist die sog. friedliche Nutzung der Atomenergie von deren militärischen nicht zu trennen. [...] Gorleben und der Castor sind ein politisches Symbol für die Auseinandersetzungen um diese menschenverachtende Technologie. Hier wird deutlich, wie die Herrschenden die Interessen der Menschen und ihre Ängste bewerten. Die Atommafia aus Konzernen, Wissenschaft und Politik ordnet bedenkenlos die Lebensinteressen der Menschen ihrem wirtschaftlichen Kalkül unter. Die Erfahrung lehrt, daß die vielgerühmte Rechtsstaatlichkeit lediglich die Profitinteressen schützt, die für den ökologischen Ausverkauf verantwortlich zeichnen [...] Es gilt, den Normalzustand außer Kraft zu setzen und deutlich zu machen, daß es keinen Konsens über den Weiterbetrieb von Atomanlagen geben kann." (aus einem Flugblatt des "freien Wendland")

★

Anschlag

Castor stoppen, bevor er losfährt

Erklärung der Autonomen Gruppen gegen den Strom, gez. anz.

Die Anti-AKW-Bewegung hat seit der Verhinderung der WAA in Wackersdorf kaum noch Mobilisierungskraft und -fähigkeit gehabt. Umso höher bewerten wir den Widerstand im Wendland - ein Zeichen gegen all das, was „Zeitgeist" genannt wird und ein Zeichen gegen für alle, die noch kämpfen. Gerade das Zusammenwirken verschiedener Kampfformen ist es, was den Herrschenden einige Probleme macht. Die Militanten sind nicht isoliert, sondern Teil einer breiten Bewegung, wo alle die unterschiedlichen Formen des Widerstandes respektieren und jedeR ihre/seine individuellen Fähigkeiten und Bereitschaften einbringt. Auch wir als Militante beziehen uns ausdrücklich auf alle fortschrittlichen Menschen, die dort gegen die Atommafia aufgestanden sind und sich zum Teil seit über 15 Jahren kontinuierlich querstellen.

Die Atommafia hat Namen und Adressen, regional, national und international. Die Firmen, die aus reinem Profitinteresse und nichts anderem versuchen, das Atomprogramm zu forcieren, sind angreifbar, genauso wie der Staat und seine Institutionen.

DIESEN UMSTAND HABEN WIR UNS ZU EIGEN GEMACHT UND IN DER NACHT ZUM 13.4. EINEN STROMMAST IN DER NÄHE VON GORTZ IN BRANDENBURG UMGESÄGT.

Dieser Mast war Teil der im letzten Oktober vom Senat mit großen Trara eingeweihten neuen 380-kV Stromtrasse, mit der die „Insellage" Westberlins auch strommäßig beendet wurde.

Kein Atommüll ins Wendland oder sonst wohin!
Wir grüßen den Autonomie-Kongreß in Berlin!
Solidarische Grüße an die Gesuchten und Untergetauchten!
Viel Kraft für Euch!

„Autonome Gruppen gegen den Strom"

Taiwan:

AKW verzögert

Die Vöest keilt bei der Auftragsvergabe für das geplante AKW in Lung Man mit (siehe TATblatt plusminus 0). Die Aufträge hätten schon im vorigen Jahr abgeschlossen werden sollen. Widerstand seitens der Bevölkerung sorgt jedoch nicht nur für Verzögerungen, sondern stellt das ganze Projekt in Frage.

Nuclear Engineering International; TATblatt

Drei Anbietergruppen reißen sich darum in Taiwan ein weiteres AKW zu errichten. Es sind dies ABB-CE, Westinghouse und Nuclear Power International (NPI). NPI ist der Zusammenschluß von Siemens und Framatome, die gemeinsam u.a. derzeit mit EU-Förderung den Euro-Reaktor entwickeln. NPI bietet einen Druckwasserreaktor an und scheint der aussichtsreichste Bewerber um den Auftrag zu sein.

Unter den Anbietern finden sich auch der US-Konzern Bechtel Corp., die Vöest Alpine MCE und die deutsche Firma Lentjes. Die Vöest könnte einen Auftrag über 7 Milliarden Schilling erhalten. Im Jänner 1995 kaufte die Vöest zudem die Lentjes auf, die eine weitere Milliarde erhalten soll.

Allerdings sorgt das vor nicht allzu langer Zeit erfolgte Ende der 40-jährigen Diktatur der Kuomintang (KMT) nicht nur für demokratischere Verhältnisse, sondern auch für mehr Transparenz bei der Beurteilung der einlangenden Angebote und für mehr Freiraum für die betroffene Bevölkerung. Beides könnte für Vöest und Konsorten zum Stolperstein werden.

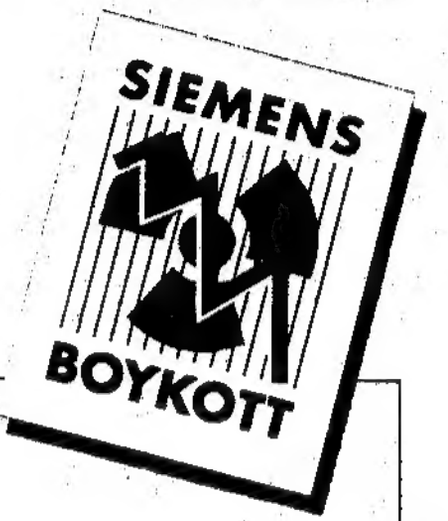
„Die Kernenergie ist bei uns kein Thema mehr..."

Voest Alpine MCE - Geschäftsführer Herbert Furch am 15.3.1995 zur APA

Zum einen scheinen die Atomfirmen gewillt zu sein durch massive Kostenüberschreitungen das Land melken zu wollen. Die Angebote, die bis zum Jänner 1995 vorgelegt wurden, lagen weit über 20% über dem Budget der taiwanesischen Stromgesellschaft Taipower. Falls die Atomkonzerne nicht einlenken und doch noch vernünftige Angebote vorlegen, könnte der Prozeß der Auftragsvergabe vollständig gestoppt werden. Aufträge werden erst dann vergeben werden, wenn das Budget für das AKW das Parlament passiert hat; und dort sind die Mehrheiten mehr als unsicher.

Im Parlament ist nicht nur die Opposition gegen das AKW Lung Man. Die KMT spaltete sich vor einigen Monaten. Die neue Partei der ex-KMT-Abgeordneten ist ebenfalls gegen das AKW, was auch in der KMT zu einem Erosionsprozeß führt. Bei einer Abstimmung im Parlament wird erwartet, daß auch Abgeordnete der KMT dagegen stimmen werden.

In der Umgebung des geplanten Standorts ist die Bevölkerung vehement gegen das AKW. Ein Referendum, das durch einen Beschluß der Provinzregierung ermöglicht wurde, brachte ein eindeutiges Ergebnis gegen Lung Man.



Siemens-Boykott-Kampagne

Aus gegebenem Anlaß (siehe AWK in Taiwan) möchten wir wieder einmal an die internationale Kampagne zum Boykott von Siemens erinnern. Nach wie vor ist Siemens einer der zentralen Akteure im Atomgeschäft, sei es in Osteuropa oder beim Euro-Reaktor der EU.

Koordinationskreis Siemens-Kampagne

Die Bilanz einer erfolgreichen Arbeit im ersten Jahr haben die InitiatorInnen des Siemens-Boykotts gezogen. Ihre Ende 1993 gestartete Kampagne wird inzwischen von mehr als 120 Gruppen und Organisationen getragen und hat mehrere tausend UnterstützerInnen mobilisiert.

Die Kampagne soll den Konzern mit wirtschaftlichem Druck zum Ausstieg aus der Atomtechnologie bewegen. Siemens ist der einzige deutsche Hersteller atomarer Anlagen und Kraftwerke.

In den ersten zwölf Monaten der Boykott-Kampagne haben die Gruppen mit Informationsveranstaltungen und Protestaktionen in vielen deutschen und ausländischen Städten auf ihre Forderungen aufmerksam gemacht. Sie rufen die VerbraucherInnen auf, keine SiemensProdukte mehr zu kaufen, bis der Konzern das Atomgeschäft endgültig aufgegeben und seine Atombetriebe geschlossen hat.

Erster Höhepunkt ihrer Aktionen war im März 1994 die AktionärsHauptversammlung der Siemens AG in München. Gut zwanzig VertreterInnen der Boykottgruppen dominierten die zwölfstündige Veranstaltung mit ihren Forderungen und zwangen Vorstandschef Heinrich von Pierer, mehr als eine Stunde lang zu den Gefahren der Atomenergie Stellung zu nehmen. Besonders bei der Presse fand Anklang, daß viele AktionärInnen „auf eine Atom-Dividende verzichten" wollen.

Die bundesweite Verbreitung von Boykottpostkarten an Siemens hat ein Koordinations-Büro übernommen, das die 120 Gruppen gemeinsam in Berlin betreiben. Dort sind auch wetterfeste Aufkleber, Papier-„Spuckis" und Plakate erhältlich, mit denen öffentlich für die Kampagne geworben werden kann.

„Mit diesen Materialien sind wir gut vorbereitet, um aus dem SiemensBoykott 1995 eine Massenbewegung zu machen. Dafür brauchen wir die Unterstützung aller atomkritischen Menschen - ideelle, finanzielle und vor allem aktive Unterstützung."

Kontaktadresse:
Koordinationskreis Siemens-Kampagne
Postfach 61 02 85
D - 10924 Berlin

Dort gibt es auch die Broschüre „Atomschmiede Siemens. Siemens Boykott Hintergründe".

Markennamen des Siemens-Konzerns

Siemens
Osram
Mannesmann Tally
Bosch-Siemens
Siemens-Nixdorf
Simatic
Somatom
Neurostar
u.a.

19. April 1943:

Der Aufstand

Von Juden, die auf Deutsche schossen

Für die Nazis war die „Endlösung" ein erklärtes Ziel ihrer Politik. Mit allen Mitteln versuchten sie, die jüdische Bevölkerung in Deutschland und allen besetzen Gebieten zu eliminieren. In Warschau schufen die Nazis Bedingungen, unter denen die Juden/Jüdinnen zugrunde gehen sollten. Sie setzten alles daran, jeden Widerstand schon im Keim zu ersticken. Lange Zeit hatten sie mit ihrer Taktik Erfolg. Doch dann sollte der Aufstand im Warschauer Ghetto zu einem der bedeutendsten Akte des Widerstandes gegen die Nazis werden.

TATblatt

„Am 2. Oktober 1940 erläßt der Gouverneur des Warschauer Distrikts, Ludwig Fischer, eine Sonderverordnung über die Errichtung eines Ghettos in Warschau. An die 450.000 Menschen werden in eines der alten Arbeiterviertel gesperrt, in ein Areal, das ständig verkleinert wird, während sich die Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner durch Flüchtlinge aus anderen Städten und dem Umland ständig erhöht. Die Deutschen umgeben das Ghetto mit einer drei Meter hohen Mauer, deren Tore streng bewacht werden. Es beginnt einer von mehreren Versuchen, die *Endlösung der Judenfrage* in die Praxis umzusetzen. Durch systematische Aushungerung, durch Zwangsarbeit und Seuchen soll die jüdische Bevölkerung der politischen Hauptstadt vernichtet werden. Ein Jahr nach Errichtung des Ghettos sind 100.000 seiner Zwangsbewohnerinnen und -bewohner bereits gestorben. Doch im darauffolgenden Jahr entdeckt man, mittels anderer Versuche, daß mit Hilfe von Gas Menschen quasi industriell vernichtet werden können, schneller, rationeller und sauberer als im Ghetto." (Ingrid Strobl in Edelmann, Seite 16)

Bau der Ghettomauer

Das Leben im Ghetto war genau geregelt. Die Nazis setzten eigene „Behörden" ein, die für Ruhe und Ordnung zu sorgen hatten. Der *Judenrat* war die oberste Instanz im Ghetto. Von der Vergabe von Wohnungen und Arbeit, bis zur Auswahl jener Leute, die in „Arbeitslager" (und später in Vernichtungslager) gebracht werden sollten, bestimmte im wesentlichen alles diese Instanz. Natürlich unter der Kontrolle der deutschen Besatzer. Weiters richteten die Nazis eine *Ghettopolizei* ein, sowie ein lange Zeit hervorragend funktionierendes Spitzelwesen. Durch den Umstand, daß all diese Aufgaben von Juden/Jüdinnen durchgeführt wurden, war die Stimmung im Ghetto denkbar schlecht.

Auch viele Firmen wurden von Juden/Jüdinnen geführt. Einige wenige schafften es, mit Unterstützung der Nazis, in kürzester Zeit ihre Lebensbedingungen so zu verbessern, daß sie jetzt besser lebten, als vor der Besetzung Polens durch die Nazis. Natürlich nutzten aber vor allem viele Deutsche die Gunst der Stunde und bereicherten sich an den billigen Arbeitskräften.

Im Ghetto gab es viele Arbeitslose, Obdachlose und Hungernde. Kinder streunten den ganzen Tag umher und hielten ihre Familien durch Diebstähle und Erbetteltes am Leben. Es waren oft keine sanitären Einrichtungen vorhanden, sodaß Seuchen ausbrachen.

Es entstanden soziale Spannungen. Der Schulbesuch war jüdischen Kindern per Gesetz verboten war.

Trotzdem: „Daß die Deutschen Millionen wehrloser Zivilisten durch Massenerschießung und in Gaskammern vernichten würden, konnte bis 1940 und selbst 1941 kein vernünftiger Jude im Warschauer Ghetto erahnen" (Ainszten, S. 30), notierte Ringelblum, einer der Überlebenden des Warschauer Ghettos.

Mehr als 500.000 Menschen lebten zur Zeit der dichtesten Besiedlung im Warschauer Ghetto. Da viele von ihnen „illegal" waren, war es nicht möglich, die genaue Anzahl zu eruieren.

Die „legalen" GhettobewohnerInnen erhielten im Monat zwei Kilogramm Brot und ein halbes Pfund Zucker, wobei das Brot zum großen Teil aus Kartoffelschalen und Sägemehl bestand. Die Deutschen wollten die Juden und Jüdinnen aushungern.

Erste Anzeichen

Die ersten glaubwürdigen Berichte über Massenmorde erreichten Warschau Ende 1941. In den folgenden Monaten wurden immer wieder neue Berichte über Massaker durch die Nazis bekannt. Trotzdem dauerte es noch lange, bis sich Menschen im Ghetto dazu überwinden konnten, Widerstandsgruppen zu bilden. Die ersten, die sich organisierten, waren die Mitglieder der ZZW (Jüdischer Militärverband), welche schon 1940 im Untergrund gegründet worden war.

Im März 1942 wurde dann der *Antifaschistische Block* gegründet. Er setzte sich aus den verschiedensten politischen Parteien zusammen. Diese erklärten sich nur unter den Bedingungen im Ghetto bereit, miteinander zu arbeiten. In weniger als zwei Monaten gehörten dem antifaschistischen Block mehr als 500 KämpferInnen an. „Die Deutschen erfuhren durch ihre Agenten von dem Stimmungsumschwung im Ghetto. Antwort war eine Terrorkampagne, die den Aufbau der Untergrundbewegung verhindern sollte." (Ainsztein, S. 44) Und sie hatten damit Erfolg.

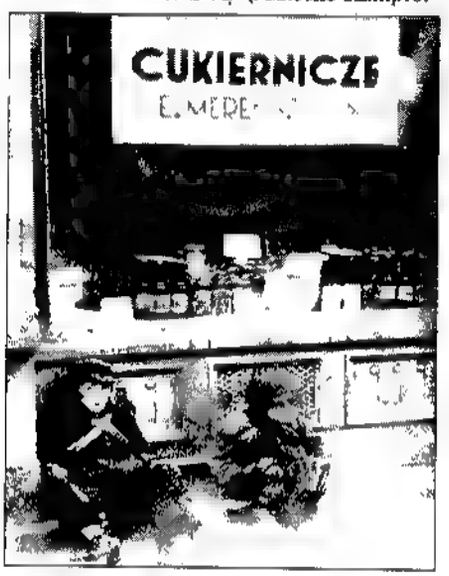
Von der großen Liquidation ...

Als der Großteil der Juden und Jüdinnen im Ghetto bei der großen Liquidation vom 22. Juli bis zum September 1942 ermordet wurde, gab es kaum Gegenwehr. Der antifaschistische Block hatte es weder geschafft, sich Waffen zu besorgen, noch die zu diesem Zeitpunkt 380.000 Menschen zählende Bevölkerung des Ghettos davon zu überzeugen, daß sie innerhalb der nächsten Wochen ver-

nichtet werden wurden Dies war fur jene Menschen, die des Verrats und der Subversion als Provokateure verleumdet wurden, praktisch unmoglich Die Politik der Nazis hatte sich bewehrt Ein Schritt, die größte Konzentration von Juden/Judinnen in Europa auszuloschen, war gelungen

... zum organisierten Widerstand

Nach der großen Liquidation bewohnten noch etwa 60 000 Menschen das Ghetto. Diese Menschen bereiteten sich nun effektiver auf den Widerstand vor. Als Nachfolgerin des antifaschistischen Blocks wurde im Oktober 1942 die ZOB (Jüdische Kampfor-



Straßenkinder im Ghetto

ganisation) gegründet.

Die Kampfgruppen waren nun z.T. kaserniert und jederzeit zum Einsatz bereit. Spähtrupps beobachteten während der ganzen Zeit die Umgebung des Ghettos. In vereinzelten Aktionen wurden Verräter und Gestapo-Spitzel hingerichtet. Zunehmend erstarkte der Widerstandswillen der Menschen.

„Himmler war nun nicht mehr bereit, länger zu warten. Er wollte seinem Führer zum Geburtstag (20. April) ein 'judenfreies Warschau' schenken." 1943 fielen Ostern, Pessach und 'Führers Geburtstag' zusammen. „Der Termin für die endgültige Liquidierung wurde auf Montag, 19. April, festgesetzt." (Strobl, S. 224)

Doch war der Widerstand zu dieser Zeit gut organisiert, die Juden und Judinnen „brannten darauf, sich am Feinde ihres Volkes, am Feinde der Menschheit, zu rächen." (Edelmann, S. 86)

Im Willen zum Widerstand bestand kein Unterschied zwischen Männern und Frauen Die BewohnerInnen des Ghettos wehrten sich nicht, um zu überleben, sie kämpften, um so viele Nazis zu toten, wie nur möglich. Für die meisten Juden/Judinnen war klar, daß sie sterben würden Es dauerte lange, bis sich Widerstand in der Bevölkerung bildete, Widerstand gegen das leise Gehen in den Tod. Sie wollten „nicht wie die Lämmer zur Schlachtbank gehen". „Und dieses sich Wehren war kein sich Wehren, um dem Tod zu entgehen, sondern eine Wahl des Todes " (I Strobl in Edelmann, S. 20) Dies wird auch dadurch deutlich, daß nur ganz wenige der WiderstandskämpferInnen den Deutschen lebendig in die Hände fielen. Bevor dies geschah, brachten sich die meisten selbst um.

„Das Ergebnis des Kampfes: Mehrere tausend Juden wurden getötet, bei lebendigem Leibe verbrannt, durch Gas erstickt und etwa 25.000 wurden in Konzentrationslager ... deportiert. Nur noch die Ruinen durch Minen, Kanonen und Feuer zerstörter Gebäude blieben, wo einst das Ghetto gestanden hatte. Jetzt ist das Warschauer Ghetto ein einziger großer Friedhof." (Edelmann, S. 86f) Und obwohl die Juden/Jüdinnen unterlegen waren, schafften sie es doch, den Nazis zahlreiche Opfer zuzufügen. Der Widerstand hatte sich als erfolgreich erwiesen.

Von jenen Juden/Jüdinnen, die den Aufstand überlebten und in die umliegenden Wälder fliehen konnten, beteiligten sich viele am Warschauer Aufstand 1944.

Die Bedeutung des Widerstandes

Die Nazis schafften es nicht, das Ghetto wie geplant zu besiegen. Der Widerstand dauerte Monate an. „Der Warschauer Ghettoaufstand bildet nicht nur den Höhepunkt bewaffneten jüdischen Widerstands gegen den Nazismus. Seine Bedeutung geht viel weiter, denn die Weigerung tausender völlig wehrloser jüdischer Kinder, Frauen und Männer, sich der Macht brutaler Gewalt zu beugen, ist eine beispiellose Demonstration in der Geschichte der europäischen Widerstandsbewegung." (Ainsztein, 166)

Doch die Unterstützung von außen war gering. Der Antisemitismus in der polnischen Bevölkerung war enorm. Z.T. wurde die Vernichtung der Juden/Jüdinnen auch als eine Schwächung der kommunistischen Bewegung angesehen und daher akzeptiert. Nur wenige PolInnen halfen den GhettobewohnerInnen aktiv. Die Frauen beteiligten sich mindestens gleichberechtigt wie die Männer an den Kampfen. Jedoch nahmen die meisten Führungspositionen Männer ein.

Der Ghettoaufstand beendete auch einen Mythos. Die „Unbesiegbarkeit" der deutschen Wehrmacht wurde durch die Entschlossenheit einiger Menschen, die meist ohne Waffen gegen diese kämpften, auf beeindruckende Weise widerlegt

Marek Edelmann beendet seinen Bericht mit folgenden Worten: „Das Beispiel, das die Schlacht des Warschauer Ghettos gegeben hat, hat alle beeinflußt. Leider haben die Umstände uns daran gehindert, ähnliche Schlachten überall zu schlagen."

Literatur:

„50 Jahre mußten vergehen, bis — von rühmlichen Ausnahmen abgesehen — (meist kleine) Verlage es wagen, in Deutschland solche Bücher zu verlegen: Bücher von und über Juden, die auf Deutsche geschossen haben." schrieb Ingrid Strobl in ihrem Vorwort zu Das Ghetto kämpft.

Das Ghetto kämpft

„Es haben nicht viele überlebt von den etwa 60.000 Menschen, die sich am 19. April 1943 im Warschauer Ghetto gegen die Vollstrecker der deutschen Vernichtungspolitik erhoben. Wer nicht während des Aufstands fiel, wurde nach Treblinka oder Majdanek verschleppt Auch von den in der jüdischen Kampforganisation der ZOB, Zydowska Organizacja Bojowa, organisierten Kämpferinnen und Kämpfern blieben nur wenige am Leben. Und nicht alle von ihnen griffen zur Feder, um festzuhalten, was sie überlebt hatten. Umso kostbarer sind die wenigen Zeugnisse, die vorliegen, zumal, wenn sie, wie Marek Edelmanns Bericht, sofort nach der Befreiung aufgeschrieben wurden." (aus dem Vorwort von Ingrid Strobl)

Marek Edelmann.
Das Ghetto kämpft
Harald Kater-Verlag, 1993
100 Seiten, 115,— öS

Revolte gegen die Vernichtung

Ainsztein beschreibt in beeindruckender Weise, wie und unter welchen Bedingungen sich der Widerstand formierte, welche Hindernisse sich ihm entgegenstellten und warum der Aufstand am Ende doch ein Sieg (oder zumindest ein Erfolg) war. Dabei versucht er alle seine Argumente und Tatbeschreibungen zu belegen. Ein Buch, das allen empfohlen sei, die „mehr" über den Aufstand wissen wollen.

Reuben Ainsztein.
Revolte gegen die Vernichtung
Schwarze Risse Verlag, 1993
230 Seiten + Fototeil, 195,— öS

ngrid Strobl
Sag nie, du gehst den letzten Weg.
Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung
Fischer Taschenbuch, 1989
350 Seiten, 130,— öS

Prozess gegen Antifa in Innsbruck

xy ungelöst

Die Vorgeschichte:

Am 22. Oktober 1994 versammelten sich im Innsbrucker Kongresshaus neue und alte Rechte, Neonazis und Burschenschafter Seite an Seite mit deutschnazionalen Turnern und einem Schock von F'lern (Stadler, Meischberger, Denz, Lugger, Dillersberger usw.) zum sogenannten „Gesamttiroler Freiheitskommers". Anhand des Themas „Europa im Umbruch" sollte die italienische Provinz Alto Adige/Südtirol ihrer groß-deutschen Bestimmung wieder zugeführt werden: „Heimatschutz", „Unrechtsgrenze am Brenner", „Ein Tirol", „Wir Tiroler - von Kufstein bis Salurn" usw.; oder kurz: Revanchismus, Revisionismus, Großdeutschland unter dem Deckmantel von „Selbstbestimmung" und „Recht auf Differenz".

Um den Tracht und Nadelstreif tragenden Rechtsextremen entgegenzutreten, schlossen sich engagierte Menschen zum „Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus" zusammen. Ziel war einerseits Aufklärung bzw. Schaffung einer möglichst breiten Gegenöffentlichkeit, andererseits sollte den Rechtsextremen und Deutsch-Nationalen unter keinen Umständen der öffentliche Raum überlassen werden.

Das „Aktionsbundnis" riet deshalb für den 22. Oktober zum „Aktionstag gegen Rechtsextremismus" auf, an dem über 4500 Menschen teilnahmen.

Allerdings gab und gibt es behördliche Vor- und Nachspiele: Anfeindungen und gezielte Falschinformationen seitens rechter PolitikerInnen und bestimmter Medien waren von vornherein zu erwarten. ORF Tirol, Tirol- Kurier, Neue Kronenzeitung, tip .. setzten ihre Tradition fort. Höhepunkt der Kampagne waren und sind jedoch noch immer die Repression und Kriminalisierung durch die Behörden, die sich wieder einmal als willfährige Interessensvertreter rechter Gruppen präsentieren. Darunter zu leiden haben vor allem diejenigen von uns, deren Namen bekannt wurden.

und dann:

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zum Aktionstag wurde von den Veranstaltern des „Gesamttiroler Freiheitskommerses" Anzeige wegen „Aufforderung zu mit Strafe bedrohter Handlung" (Verhinderung einer Veranstaltung) gem. 282, 285 StGB gegen den Inhaber des Postfaches erstattet, welches als Kontaktadresse auf dem Mobilisierungsplakat für den Aktionstag aufschien. Diese Kriminalisierungsstrategie war erfolgreich: es folgte eine gerichtliche Anordnung zur Öffnung des Postfaches und zur Ausforschung dessen Inhabers. Im Rahmen der Vorerhebungen wurde er polizeilich einvernommen.

Erst nach dem „Kommers" und den Gegenveranstaltungen kam das Gericht zu dem Schluß, daß die Anzeige mangels Strafwürdigkeit zurückzulegen sei. Damit hat das Gericht das Seine dazu beigetragen, antifaschistische und antirassistische Aktivitäten zu kriminalisieren und von der in Österreich traditionsreichen rechten, politischen Gewalt abzulenken - wie so oft hat sich das Gericht der rechten Strategie bereitwillig angedient.

Nachdem die strafrechtliche Verfolgung des Aktionsbündnisses nicht den gewünschten Erfolg brachte, entschieden sich die treudeutschen Recken, den Zivilrechtsweg zu beschreiten und brachten wegen „Kreditschädigung" eine Klage nach 1330 ABGB gegen den Inhaber des Postfaches ein. Das Klagebegehren stützt sich auf ein Flugblatt, in dem einzelnen veranstaltenden Verbänden des „Freiheitskommerses" Wiederbetätigung vorgeworfen wird. Der Streitwert der Klage beträgt öS 200.000.-. Die Verfahrenskosten bis zur obersten Instanz können mit mindestens öS 100.000.- beziffert werden. Die Taktik der klagenden Partei, die im Freiheitlichen Korporationsring organisierte schlagende Akademische Sängerschaft „Skalden" (Innsbruck, Defreggerstr. 32), ist offenkundig. Neben der finanziellen Schädigung der TrägerInnen des Widerstandes gegen den „Freiheitskommers" - und die diesen veranstaltenden Männerbünde - sollen im Zuge des Verfahrens vor allem die MitgliederInnen des Aktionsbündnisses namhaft gemacht werden. Die „Aula" Nr. 2a/1995 veröffentlichte bereits Name und Adresse eines Antifaschisten, der im Aktionsbündnis mitarbeitet. Diese Informationen könnten direkt aus Unterlagen der Sicherheitsbehörde Innsbruck stammen. Es ist bereits Inhalt einer parlamentarischen Anfrage der Grünen, daß bzw. wie den Rechtsextremen der Zugang zu Unterlagen der Sicherheitsbehörden ermöglicht wurde.

Aber der Wissensdurst der jungen und alten Herren ist noch nicht gestillt: Sie wollen alle Namen der im Aktionsbündnis arbeitenden Leute - auch jene Namen, die selbst die Sicherheitsbehörden nicht kennen.

Auch 50 Jahre nach der Befreiung von der Nazi-Diktatur werden AntifaschistInnen kriminalisiert und den rechten Recken ausgeliefert:

Prozesse in Linz, Wien, Berlin, Mannheim usw.

Sollte der Prozess verloren gehen, brauchen wir viel Kohle.

Deshalb suchen wir viele, viele Menschen, die bereit sind, eine „Solidaritäts-Ausfallshaftung" im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten zu übernehmen.

Um planen zu können, haben wir eine Art „Soli-Scheck" entworfen, den Ihr ausfüllen und uns zusenden konnt an das

Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus
Postfach 327
6010 Innsbruck

Solidaritäts-Scheck

Ich

wohnhaft in

erkläre mich bereit, im Falle einer Prozeßniederlage gegen die Skalden eine

Solidaritäts-Ausfallshaftung

einer Höhe bis zu öS zu übernehmen

Datum Unterschrift

einsenden an: Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, Postfach 327, 6010 Innsbruck

NIEMALS VERGESSEN!

RAVE AGAINST FASCISM

Party zum 50. Jahrestag der Niederlage von Nazi-Deutschland und -Österreich

Raver gegen rechts

Der 8. Mai ein Tag zum Feiern!

Vor 50 Jahren, am 8. Mai 1945 mußte Nazi-Deutschland bedingungslos kapitulieren. Nazi Deutschland und Österreich waren militärisch besiegt.

Diese Niederlage war Befreiung, für alle Verfolgten, für alle, die in den KZ's und Lagern noch lebten und auch für alle, die aktiv gegen den Faschismus gekämpft haben.

Wir geben uns keinen Illusionen hin über das, was auf diese Niederlage folgte - aber das spielt nur eine geringe Rolle für die Beurteilung des 8. Mai. Bis zuletzt stand die überwiegende Mehrheit der privilegierten Bevölkerung hinter ihrem Führer. Von innen her war ein Sturz des Regimes nicht in Sicht - eher im Gegenteil: bis zuletzt ließen sich die Massen für den „Volkssturm" mobilisieren.

Ein Ende des Nazi-Regimes war nur von außen herbeizuführen. Die Motive der Alliierten spielen hier eine untergeordnete Rolle. Wichtig war in erster Linie die bedingungslose Kapitulation - alles war besser als dieses Deutschland.

Für Wien kommt noch dazu, daß hier nicht die West-Alliierten einmarschierten, sondern die Rote Armee. Dem wollen wir durch den Ort des Festes Rechnung tragen: beim Denkmal der Roten Armee am Schwarzenbergplatz.

RAVE AGAINST FASCISM:

Mo, 8.Mai

19-22 Uhr

Denkmal der Roten Armee (Schwarzenbergplatz)

Line Up: TIN-A 303, LX, PURE, XAOS, CHILL, SONDERWUNSCH, BÖASTAB

Ein Fest als Provokation

Das offizielle Österreich kann sich nicht zu Feiern am 8. Mai durchringen. Der Revisionismus lebt hoch und bei genauerer Auseinandersetzung mit dem 8. Mai würde sich herausstellen, daß Österreich eben nicht das „erste Opfer" war, sondern aktiver und freiwilliger Teil von Nazi-Deutschland.

Für viele in Österreich - Kameradschaftsverbände, aktive Nazis, aber auch für Teile des Heeres - ist der 8. Mai noch immer ein Tag der eigenen Niederlage. Und genau diese Niederlage wollen wir feiern!

„Party + Abgehen kann nicht nur Solidaritat bedeuten, sondern laßt uns auch unsere Moglichkeiten und Krafte spuren und die werden wir auf den Barrikaden brauchen. „ solange wir Party machen können, werden wir unseren Optimismus nicht verlieren." (Zit.: A. A.)

Das Denkmal am Schwarzenbergplatz war schon oft Gegenstand von Diskussionen. Von Teilen der Rechten wird der Abriß gefordert. Wir feiern dort. Abgerissen gehören andere Denkmäler.

Die Party

Wir stellen uns ein Rave vor. Nach der Eröffnung werden die Regler aufgedreht, der Beat erfüllt den Platz , die Menschen tanzen.

Daß wir die militärische Niederlage des Nationalsozialismus feiern, soll niemandem verborgen bleiben. Rave als zur Zeit populärste Form der Party, Techno als zur Zeit populärste Form „klassen- und szeneübergreifender" (Zit.:D.D.) Musik. So denken wir die größtmögliche Zahl an Menschen in diese Party einzubeziehen. (Sprich - Abgehen)

Politisch gehören für uns Datum, Platzwahl und Fest zusammen.

An diesem Tag wollen wir feiern!!!

BUCH

Handbuch des Rechtsextremismus 2. Auflage

Das Dokumentationsarchiv des Osterreichischen Widerstandes hat eine Neuauflage des Handbuchs des österreichischen Rechtsextremismus herausgebracht Neben laufenden Aktualisierungen enthalt es nun auch Beitrage über Burschenschaften, über den Briefbombenterror und einen kurzen (ziemlich mickrigen) Abriß uber die Prozesse, die Haider gegen das DOW fuhrt.

Aufgenommen wurde auch das TATblatt als Ziel von Anti-Antifa-Aktivitaten Franz Radl hatte versucht, ein TATblatt-Abo zu bestellen, war aber kläglich gescheitert.

DÖW
Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, 2 Auflage,
Wien 1994, 719 Seiten,
Ver ag Deut cke

bezahlte Anzeige:

Alltag nach Oberwart

TATblatt Wien

Volksbefragung: Roma - ja oder nein?

Eine Volksbefragung scheint für Rupert Flicker, seines Zeichens Bürgermeister der steirischen Gemeinde Pöllau, der richtige Umgang mit einem „sehr heiklen Thema" zu sein. Der gute Mann möchte seine WählerInnen fragen, ob sie eine Wiederholung der im vergangenen Jahr erstmals durchgeführten Wallfahrt der österreichischen Roma nach Pöllau befürworten oder nicht. Findet diese „Volksbefragung" statt, so kann die 2. österreichische Wallfahrt zumindest nicht zum geplanten Termin stattfinden. Als solcher waren nämlich der 6. und 7.Mai vorgesehen gewesen. Die OrganisatorInnen der Wallfahrt überlegen nun, ausweichsweise nach Seckau zu pilgern.

Kärnten: Kapitulation vor rechtsextremistischen Forderungen

Am 10.Oktober 1995 jährt sich zum 75.Mal der Jahrestag der Kärntner Volksabstimmung. Aus diesem Anlaß haben sich Vertreter des Kärntner Heimatdienstes (KHD), des Kärntner Abwehrkampferbundes, des Kameradschaftbundes und der Ulrichsberggemeinschaft zu einer „Aktionsgemeinschaft 10.Oktober" zusammengeschlossen. Das Konglomerat rechtsextremistischer Vereine möchte erreichen, daß alternative Oktoberveranstaltungen, die die Bedeutung des Kärntner Abwehrkampfes und auch der Volksabstimmung in Frage stellen oder gar ins Gegenteil verkehren und die das Ergebnis der Volksabstimmung negativ beurteilen, (..) nicht ins offizielle Veranstaltungsprogramm aufgenommen werden und (...) auch keine für das 75-Jahr-Jubiläum zweckgebundenen Mittel erhalten" (aus einem Resolutionstext). Insbesondere wird kritisiert, daß am 10.Oktober „mit Kärntner Steuergeldern auf der Landesbühne einem großslowenischen Nationalismus gehuldigt" wird (KHD). Gemeint: Die für den 10.Oktober 1995 im Stadttheater Klagenfurt geplante Uraufführung des Tanztheaterprojekts „Ivan Cankar", in dem das Leben des sozialkritischen slowenischen Dichters choreographisch umgesetzt werden soll (Ivan Cankar hat übrigens einen großen Teil seiner Werke in Wien geschrieben).

Unter dem Druck der vier rechtsextremistischen „Traditionsverbände" (wie KHD und Co. in Kärnten verharmlosend genannt werden) und der F mußte Stadttheater-Intendant Dietmar Pflegerl am 20.April die Verschiebung der Premiere bekanntgeben. „Wir wollen in Zeiten wachsender Gewaltbereitschaft keine Aktionen provozieren, deren Ausmaß wir nicht einschätzen und somit nicht verantworten können". Der Verschiebung auf den 15.Oktober vorausgegangen war eine Sitzung des örtlichen Theaterausschusses, in dem Pflegerl, der bereits wegen der Aufführung des „Bockerers" scharf angegriffen worden war, geraten wurde, „in sich (zu) gehen".

Stadttheaterintendant Dietmar Pflegerl: Kapitulation der Kunst vor politischer Gewalt

Pflegerls erläuternder Kommentar: „Ich habe die Grenzen der Vermittelbarkeit von Kunst in diesem Land erleben müssen. Das hat geschmerzt."

Zum Dank für die Verschiebung erhielt das Stadttheater Klagenfurt am 21.April eine Briefbombenattrappe zugestellt. Die „Warnung" war an die Regisseurin Konstanze Lauterbach adressiert. Frau Lauterbach wagt es, in Klagenfurt den „aufhaltsamen Aufstieg des Arturo Ui" von Bert Brecht zu inszenieren. Eine womöglich recht gefährliche Sache bei den Deutschkärntnerischen

Brandanschlag in OÖ

An mehreren Stellen Feuer gelegt haben am Abend des 14.April unbekannte TäterInnen in einem ehemaligen Gasthaus in Ostermiething/OÖ. Das Haus diente bis vor kurzem AsylwerberInnen und Kriegsflüchtlingen als Quartier.

Brandanschlag auf Flüchtlingsunterkunft in Ostermiething, OÖ

Salzburg: Gefährliches Sozialhilfegesetz

Das zu Beginn dieses Monats in Kraft getretene Salzburger Sozialhilfegesetz stellt eine massive Gefahr für Menschen ohne österreichische StaatsbürgerInnenschaft dar. Das Gesetz war vergangenes Jahr mit den Stimmen der ÖVP und der F mit dem Ziel geändert worden, Flüchtlinge weitgehend von der Sozialhilfe auszuschließen.

Hatten Flüchtlinge bisher einen Rechtsanspruch auf Unterstützung im sozialen Notfall, so sieht das neue Gesetz nur mehr vor, daß ihnen Sozialunterstützung gewahrt werden „kann". Tatsächliche Unterstützung ist daher vom Ermessen bzw. der Willkür des/der entscheidenden BeamtIn abhängig.

In einer Aussendung hat nun Amnesty International (ai) am 14.April darauf aufmerksam gemacht, daß das Salzburger Sozialhilfegesetz als Vorwand zur Verhängung von Schubhaft bzw. zur Abschiebung verwendet werden kann. Bereits am 5.April sei, so ein Sprecher von ai, ein mittelloser Syrer verhaftet und in Schubhaft genommen worden. Am 12.April wurde auch ein iranischer Staatsangehöriger in Schubhaft genommen, nachdem sein Antrag auf Gewährung einer Sozialunterstützung abgelehnt worden war.

Nach geltendem Recht kann eine Person mit anderer als österreichischer Staatsbürgerschaft abgeschoben werden, wenn Gründe zur Annahme bestehen, er oder sie könne sich nicht ohne Hilfe der Öffentlichen Hand erhalten. Durch den Antrag auf Sozialhilfe zeigen MigrantInnen sich daher quasi selbst an. Die Verhängung der Schubhaft „zur Sicherung der Ausreise" ist nur mehr Formsache.

Große Empörung bei der F.

Ein Beitrag über Neonazis in den „Mini-Nachrichten" der Oberösterreichischen Nachrichten brachte vor zwei Wochen die F zum Schäumen. Die RedakteurInnen der Kinderseite hatten nicht ganz unzutreffend darauf hingewiesen, daß es auch bei den F Personen mit deutlichem Faible für die NS-Zeit und einige ihrer Begleiterscheinungen gibt. Der ersten Empörung folgten, so ist dem F-Organ „Neue Freie Zeitung" zu entnehmen, politische Interventionen auf allerhöchster Ebene. Der OÖN-Herausgeber persönlich soll den oberösterreichischen F-FunktionärInnen, so die NFZ, versichert haben, daß so etwas nicht mehr vorkommen werde.

Die F-Intervention machte sich auch prompt in den „Mini-Nachrichten" der folgenden Ausgabe deutlich bemerkbar: „Vielleicht habe ich mich nicht klar genug ausgedrückt. Was ich meinte: Es gibt leider immer noch manche (!) Menschen, die aus unserer Geschichte nichts gelernt haben und Meinungen wie die Nazis vertreten. Auf keinen Fall soll das heißen, daß etwa in der erwähnten Partei auch wirklich viele so denken! Alles klar?"

Aus den Augen, aus dem Sinn...

Die industrielle Revolution, die im 18. Jahrhundert einsetzte, brachte auch einschneidende Veränderungen für geistig behinderte und psychisch kranke Menschen. Die Versorgung durch Familie und Gemeinde wurde unsicherer, die Anforderungen der Gesellschaft an Maßstäbe wie Vernunft, Leistung oder Berechenbarkeit größer. Immer häufiger wurden geistig Behinderte und psychisch Kranke in Armen-, Alten- und Krankenhäusern oder Gefängnissen eingesperrt. Auch als die ersten eigenen medizinischen Einrichtungen für die Betroffenen errichtet wurden, wie der „Narrenturm" im alten Wiener Allgemeinen Krankenhaus, änderte sich wenig an der Praxis des Einsperrens.

Der „Narrenturm" im alten Wiener AKH

Verein f. Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft

Entmündigung nach kaiserlicher Verordnung

Anno 1916 trat die Entmündigungsordnung in Kraft. In dieser war keine Möglichkeit vorgesehen, die Beschränkung der Geschäftsfähigkeit auf die individuellen Bedürfnisse der betroffenen Person abzustimmen. Voll Entmündigte waren rechtlich einem siebenjährigen Kind, beschränkt Entmündigte einer Person zwischen 14 und 19 Jahren gleichgestellt. Der Beschluß der Entmündigung konnte auch ohne die Anwesenheit der Betroffenen gefällt werden. Zum Kurator/Beistand wurden hauptsächlich nahestehende Personen bestellt. Da diese oft fehlten oder nicht bereit waren die Aufgabe zu übernehmen, wurden nach Ermessen des Gerichts "Honoratioren" wie Bürgermeister, Gemeindesekretäre oder Rechtsanwalte bestellt, die nur selten für eine adäquate Betreuung sorgten

Zusammenarbeit wird möglich

Im Jahre 1983 wurde nach langen Diskussionen das Sachwalterschaftsgesetz beschlossen, das den Großteil der Regelungen der Entmündigungsordnung aufhob. Damit wurde der Grundstein für das Eingehen auf die Wünsche, Interessen und Lebensverhältnisse der Betroffenen gelegt. Der Entzug der Geschäftsfähigkeit sollte nun abgestimmt auf die individuellen Fähigkeiten der Betroffenen erfolgen; der/die beigestellte Sachwalter/in arbeitet bei der Ausübung seiner/ihrer Tätigkeit mit ihnen soweit als möglich zusammen. Intention des Gesetzgebers war auch, daß die Sachwalterschaft nur solange aufrechtzuerhalten ist, als das zum Schutz der Betroffenen sinnvoll ist. Wesentlich verbessert wurde auch die Position der Betroffenen im Verfahren, in dem über die Sachwalterschaft entschieden wird: So gibt es jetzt verpflichtend eine persönliche Anhörung und die Beistellung eines/einer Verfahrensvertreter/in. Außerdem verschwanden die diskriminierenden Aushänge über die Entmündigungen auf den schwarzen Brettern der Gemeinden.

Ein neuer Beruf

Mit dem Gesetz wurden die Kriterien für den Beruf des/der Sachwalter/in festgelegt. Die ebenfalls neu geschaffenen Sachwalterschaftsvereine sollten vor allem auch für ihre adäquate Ausbildung und Begleitung sorgen. Die hauptberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen sehen eine vordringliche Aufgabe darin, einer zu häufigen und undifferenzierten Beschränkung der Geschäftsfähigkeit von psychisch kranken und geistig behinderten Menschen entgegenzuwirken. Sie verstehen sich nicht nur als die Verwalter/innen der Schicksale dieser Menschen sondern bemühen sich auch um eine intensive Zusammenarbeit, um ihre Förderung und ein Bewußtmachen ihrer Fähigkeiten. Immer mehr Angelegenheiten sollen so wieder von Betroffenen selbst erledigt und die Maßnahme der Sachwalterschaft nach und nach zurückgenommen werden können

Die Vereine

Der Verein für Sachwalterschaft und Patientenanwaltschaft wurde bereits 1980 – drei Jahre vor Verabschiedung des Sachwalterrechts – auf Initiative des Justizministeriums ins Leben gerufen. Er ist, wie auch die später gegründeten Vereine für Sachwalterschaft überparteilich, gemeinnützig und nicht auf Gewinn ausgerichtet. Zu den Angeboten des Vereine gehören neben dem Engagement der hauptberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen für die Betroffenen unter anderem folgende Tätigkeiten: Kostenlose Beratungen und Unterstützung für Personen, die von einem Verfahren zur Sachwalterschaft oder einem entsprechenden Gerichtsbeschluß betroffen sind, Unterstützung bei Erweiterung, Eingrenzung oder beim Abschluß einer Sachwalterschaft bzw. beim Wechsel des Sachwalters; für Personen, die Fragen zum Aufenthalt in einer psychiatrischen Abteilung haben; für nahestehende Personen; für Sachwalter; für Mitarbeiter von sozialen Institutionen, Krankenhäusern und Betreuungsanstalten. Aus- und Fortbildung, Unterstützung und Supervision für die hauptberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen des Vereins. Erstere sind meist ausgebildete Sozialarbeiter/innen, Psycholog/innen und Jurist/innen. Reflexion der Arbeit in regelmäßigen Teambesprechungen. Beratung der Mitarbeiter/innen durch juristische und medizinische Expert/innen. Die Arbeit der Vereine wird durch Subventionen des Justizministeriums ermöglicht. Die Vereine treten in der Öffentlichkeit für die Interessen von psychisch kranken, geistig behinderten und alten Menschen sowie für die Schaffung eines flächendeckenden sozialen Versorgungssystems ein.

Sachwalterschaft ohne Ende

Wenn ein Verfahren über die Bestellung eines/einer Sachwalter/in abgeschlossen ist, besteht für das zuständige Gericht weiterhin eine Fürsorgepflicht. Im Gesetz ist festgehalten, daß durch das Gericht in angemessenen Zeitabständen überprüft werden muß, ob das Wohl des/der Betroffenen die Änderung oder Aufhebung der Sachwalterschaft erfordert. Was angemessen ist, liegt im Ermessen des Gerichts. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß, obwohl sich die Voraussetzungen für die Bestellung eines/einer Sachwalter/in geändert haben oder weggefallen sind, Sachwalterschaften oft über viele Jahre bestehen.

Psychiatrisches Krankenhaus „Am Steinhof", anno 1907

Studien zeigen, daß in manchen Fällen über fünf Jahre nicht berichtet wurde, vom Gericht aber auch nichts eingefordert wurde. Vor allem Sachwalter/innen, die nicht hauptberuflich oder ehrenamtlich bei Vereinen arbeiten, nehmen ihre Berichtspflicht nicht besonders ernst. Die Berichte sind zudem oft sehr oberflächlich und ungenau, sie lassen kaum Rückschlüsse auf etwaige Veränderungen der Lebensverhältnisse der Betroffenen zu. Eine Aufklärung der neubestellten Sachwalter/innen durch das Gericht findet in den seltensten Fällen statt. Daher wäre vor allem auch eine Unterstützung von nahestehenden Personen bei der Übernahme bzw. Ausübung von Sachwalterschaften notwendig

Option Normalität

In psychiatrischen Abteilungen oder Krankenhäusern sind nach wie vor hunderte geistig behinderte Menschen "untergebracht". Seit dem Inkrafttreten des Unterbringungsgesetzes entbehrt dieser Zustand jeder rechtlichen Grundlage. Geistig behinderte Menschen dürfen nur dann in solche Einrichtungen aufgenommen werden, wenn neben ihrer Behinderung auch eine psychische Erkrankung vorliegt. Selbst wenn die übrigen Voraussetzungen (Selbst- und/oder Fremdgefährdung, mangelnde Betreuungsalternativen) zutreffen, wird eine Unterbringung im Gesetzestext und seinen Kommentaren deutlich als unzulässig bezeichnet. Wenn eine besondere Betreuung der Betroffenen notwendig ist, kommt diese nach dem Gesetz nur außerhalb psychiatrischer Abteilungen oder Krankenhäuser in Frage. Gefordert wird gerade in diesem Zusammenhang ein Ausbau der regionalen Versorgung, damit geistig Behinderte möglichst lange in ihrem sozialen Umfeld bleiben bzw. leicht wieder dorthin zurückkehren können. Um eine entsprechende Lebensqualität zu ermöglichen sollten für sie verstärkt möglichst normale Lebensbedingungen geschaffen werden (Wohnung, Arbeitsplatz, soziale Kontakte, nachgehendes Versorgungsangebot usw.). Die Begleitung geistig behinderter Personen ist in erster Linie eine pädagogische Aufgabe. Sie hat der Förderung und Entwicklung von Fähigkeiten zu dienen. Niederösterreich ist bislang das erste Bundesland, das in einem Landtagsbeschluß festgelegt hat, daß geistig behinderte Menschen aus den Landesnervenkliniken in normale Wohnsituationen übersiedeln sollen

Die öffentliche Kartei?

Als die Entmündigungsordnung noch galt existierte ein Erlaß, daß der Chefarzt der Bundespolizei bei einer Entmündigung über die Daten der betroffenen Person zu informieren ist. Von dort aus konnten diese Informationen etwa an das zentrale Meldeamt, die Polizeikommissariate oder das Paßamt weitergeleitet werden. Noch immer erhält die Polizei "einige" Bestellungsbeschlüsse von Sachwalterschaften, die in der sogenannten "Ges-Kartei" gesammelt werden. Diese besteht aus Steckkarten und unterliegt daher nicht dem Datenschutzgesetz. Wann eine Person aus dieser Kartei gelöscht wird, ist unbekannt. Informationen werden bei bestimmten Gelegenheiten (z.B. Bewerbung beim Bundesdienst oder Führerscheinverfahren) weitergegeben. Im Sachwalterschaftsgesetz ist festgehalten, daß der/die zuständige Richter/in Auskunft zu geben hat, wenn eine Institution oder Person ein begründetes rechtliches Interesse an Auskünften über eine Sachwalterbestellung hat. Ein EU-Entwurf für eine Novellierung des Datenschutzes sieht ein generelles Verarbeitungsverbot für sensible Daten, die Gesundheit, Herkunft oder religiöses Bekenntnis betreffen, vor. Auch darum besteht für die Fortführung von Ges-Karteien keinerlei Veranlassung oder rechtliche Grundlage.

Unantastbare Rechte

Jeder Mensch hat das Recht seinen Aufenthaltsort frei zu wählen. Die Ausnahmen dazu sind verfassungsrechtlich festgelegt: Der Aufenthalt im Gefängnis wie auch die zwangsweise Unterbringung in einer psychiatrischen Abteilung oder Anstalt muß durch das Gericht überprüft und legitimiert werden. Im Rahmen des Unterbringungsgesetzes sind für letzteres folgende Voraussetzungen verankert: Vorliegen einer psychischen Krankheit, Selbst- und/oder Fremdgefährung, keine Möglichkeit der Betreuung durch nahestehende Personen oder soziale Dienste, sowie einem Zeugnis zweier FachärztInnen. Der/die Betroffene hat das Recht auf ein Verfahren, in dem über die Rechtmäßigkeit der Freiheitsentziehung binnen vier Tagen entschieden werden muß. Festgelegt ist dabei auch die Anwesenheit eines Sachverständigen und eines Patientenanwalts, der die Interessen der/des Betroffenen vertritt. Der/die Sachwalter/in hat im Unterbringungsverfahren Parteistellung, es ist aber keine Konsequenz oder gar Teil seiner Aufgabe, den Aufenthaltsort seines/r Klienten/Klientin zwangsweise zu bestimmen. Der/die Sachwalter/in ist alleine aufgrund der Bestellung nicht berechtigt, in die höchstpersönlichen Rechte des/r Betroffenen einzugreifen. Einschränkungen der Grundrechte in Einrichtungen wie Pflegeheimen sind häufig durch Mängel in der finanziellen und personellen Ausstattung bedingt. Darum fordern die Vereine die Festlegung von Standards für Pflegeheime und den Ausbau der extramuralen (außerhalb der Mauern, Anm Tb) Versorgung

Verein für Sachwalterschaft und
Patientenanwaltschaft
Stättermayergasse 28-30
1152 Wien
Tel. 0043 1-982 58 68, Fax DW 30
Referat für Information und Öffentlichkeitsarbeit
Albert Maresch

Rückgriffe bis zum Kollaps

Die Frau Ministerpräsidentin wollte eine gute US-Presse: „Der Rückzug aus dem Nordirak hat begonnen", flunkerte Tansu Ciller den ZuhörerInnen auf dem Hunter-College-Campus (New York State) vergangenen Montag vor. Die türkischen Truppen hätten ihre primären Kriegsziele erreicht, fügte die Absolventin einer US-Elite-Universität hinzu. „Es gibt keinen Rückzug", entgegnete wenige Stunden später ein Sprecher des türkischen Generalstabchefs Karadagi: „Das ist gegenwärtig weder geplant noch vorgesehen".

TATblatt

„Daß ein erneuter Angriff gestartet wird, war uns seit einiger Zeit bekannt", erklärte der Europavertreter der ERNK einen Tag nach Beginn der Militäraktion im Nordirak am 21.März. „Unsere Guerilla-Armee hat sich darauf vorbereitet".

Es bedurfte allerdings keiner hellseherischen Fähigkeiten, um eine türkische Militäraktion in Südkurdistan (=Nordirak) vorherzusagen. Unübersehbar hatte die Armeeführung in den Wochen vor dem 21.März Truppen in die Region an der türkisch-irakischen Grenze verlegt. Unübersehbar war (und ist) aber auch das politische Dilemma, in dem sich die Republik Türkei befindet. Ein Dilemma, das nach - na sagen wir einmal - sehr konkreten und umfassenden Aktionen geradezu schreit: Die große Klammer, die seit siebzig Jahren das auf eine relativ dünne Schicht von GroßgrundbesitzerInnen und BürokratInnen (plus einer verschwindend geringen Anzahl von Industriellen) fußende politische System der Republik zusammenhält, die Armee, ist in einen Krieg verwickelt, den sie seit mehr als zehn Jahren nicht zu gewinnen vermag.

Die Armee erodiert politisch, ökonomisch, aber auch zahlen- und motivationsmäßig vor sich hin:

- Die Einkünfte aus dem Tourismus, die noch 1992 zu 60% in kriegsnotwendige Produktion und militärische Ausrüstung geflossen waren, sinken seit 1993 dramatisch ab. Angriffe auf Büros regierungsnaher türkischer Institutionen und Organisationen in der BRD lassen erwarten, daß die Anstrengungen der türkischen Tourismuswerbung in ihrem Hauptzielgebiet auch heuer nicht gerade erfolgreich sein werden.
- Immer weniger Menschen befolgen „ihren" Einberufungsbefehl. Eine offizielle Statistik spricht von bis zu 400.000 faktischen Kriegsdienstverweigerern. Diese Zahl hat auch nach einer „Amnestie-Aktion", bei der den Verweigerern im Falle ihrer Stellung bis zu einem bestimmten Datum Straffreiheit garantiert wurde, stark zugenommen. Die Vereinigung der Kriegsdienstverweigerer schätzt, daß mehr als 600 000 „Kriegsdienstpflichtige" der letzten 10 Jahre noch nicht beim Militär waren (das entspräche einem Prozent der gesamten Bevölkerung).
- Die Bereitschaft zur Ableistung der Kriegsdienstpflicht wird nebst der Kriegsberichterstattung aus Kurdistan auch von der überfallsartig und „außerordentlich" durchgeführten Verlängerung der Kriegsdienstzeit um drei Monate im März vergangenen Jahres beeinträchtigt. Das „außerordentliche" Ritual der verordneten Dienstverlängerung wiederholt sich seither jeweils wenige Wochen vor den Abrüstterminen.

Dolchstöße...

Mit zunehmender Erosion der Klammer Armee wachsen auch die „Emanzipationsgelüste" der verschiedenen in der politischen Führungsschicht vereinigten Gruppen. Die deutlichsten Absprungstendenzen sind dabei bei den (zahlenmäßig, wie gesagt, sehr wenigen) Großindustriellen zu beobachten. Sie haben Ende 1994 eine eigene Partei gegründet. Diese Partei mit dem für die türkische Bürokratie an sich schon verdächtig klingenden Namen „Bewegung Neue Demokratie" hat sich die Beendigung des Krieges in Kurdistan zum obersten Ziel gesetzt. Bei der Durchsetzung dieses Ziels ist Parteichef Cem Boyner, vor wenigen Jahren noch Vorsitzender des Industriellenverbandes „Tüsiad", sogar bereit, sich dem Vorwurf

Deutsche Panzer und US-Hubschrauber im Kampf gegen Kurdinnen

„separatistischer Propaganda" auszusetzen. Bei einem BRD-Besuch vergangenen Februar verlangte er die Einstellung der bundesdeutschen Militärhilfe für die türkische Regierung. Eine Forderung, für die kurdische Abgeordnete der inzwischen verbotenen „Partei der Arbeit des Volkes" (HEP) von einem Staatssicherheitsgericht zu 15 Jahren Haft verurteilt worden sind.

Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß den Industriellenboss plötzlich das moralische Gewissen in der kleinen Zehe plagt. Weit eher sorgt er sich um die Produktionsbedingungen, die momentan keine allzugroßen Gewinne zulassen.

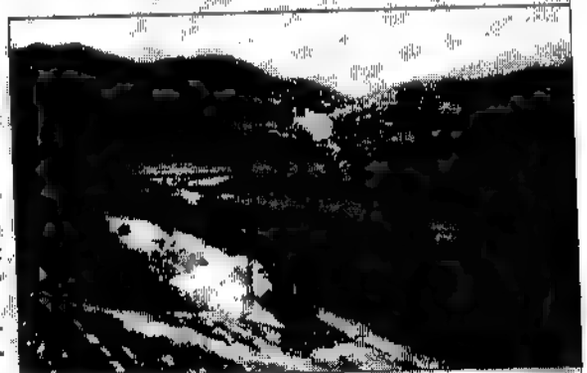
- Das kriegführende Militär kümmert sich weit mehr um den Verbrauch produzierter Waffen, als es zu bezahlen bereit oder in der Lage ist.
- Der Transport der Rohstoffe aus Kurdistan in den Westen der Türkei, wo die großen Produktionsstätten liegen, ist zu unsicher, als daß geregelt produziert werden könnte (zB liegen die bedeutendsten Ölreserven der Republik im kurdischen Batman, 75% der verbrauchten Energie wird in Kurdistan produziert).
- Unvorhergesehene Militärdienstverlängerungen treffen Schlusselarbeitskräfte der Industrie besonders stark, weil sich diese mit dem Risiko Sozialversicherung, festen städtischen Wohnsitz und ein vergleichsweise gutes Gehalt zu verlieren dem Kriegsdienst weit weniger leicht entziehen können als Arbeitslose und/oder Bauernkinder.
- Aber auch die Verfügbarkeit von Arbeitskräften im Niedrigst-Lohnbereich (wobei im Vergleich zu Westeuropa alle Löhne extrem niedrig sind) ist durch den Krieg beschränkt. Im westtürkischen Izmir führen faschistische Gruppen seit 1992 eine Kampange für die Deportation der in die Großstadt geflohenen KurdInnen durch. Die Stigmatisierung der KurdInnen als potentielle und unberechenbare MörderInnen bewirkt, daß TürkInnen oft „aus Angst" nicht mehr mit KurdInnen zusammenarbeiten wollen.
- KurdInnen arbeiten infolge der Stigmatisierung (die Herkunftsprovinz ist im Personalausweis festgehalten; in manchen Regionen wird die Herkunftsprovinz der Eltern selbst in die Ausweise der in der Großstadt geborenen Kinder eingetragen, weil „sie ja sowieso wieder dorthin zurückgehen, wo sie hingehören") besonders oft in bestimmten, als besonders „niedrig" angesehen Jobsparten. So arbeiten KurdInnen zB häufig als Kartenverkäufer (-Innen? Hab ich jedenfalls noch nie gesehen) in Sammeltaxis (Dolmusch). Dieser Job ist in jeder Hinsicht prekär, sozial ungesichert und extrem schlecht bezahlt. Er hat aber den Vorteil, daß Kartenverkäufer bei Kontrollen der Gewerbepolizei (bzw jeder Behörde, deren Angehörigen sich das Gehalt durch Schmattes aufbessern wollen) nicht von den Mitfahrenden unterschieden werden können. Das von der Propaganda geförderte subjektive Gefühl türkischer DolmuschbenützerInnen, stets in der Nähe halbverrückter potentieller Massenmörder zu sein, entwickelt sich in Izmir zu einem echten Verkehrsproblem (Schlägereien in den Bussen, folglich Unfälle, Verspätungen,...). Das Dolmusch ist aber das einzige zuverlässige öffentliche Lokalverkehrsmittel in der Türkei.

Krieg in Dersim (Tunceli)

Dersim ist eine vollständig von Bergen umgebene Region zwischen den Städten Erzincan im Norden und Elazig im Süden. Es gilt als eine der schönsten Gegenden Kurdistans.

Seit Jahrhunderten galt Dersim als uneinnehmbar, die BewohnerInnen als etwas sonderbar und hinterwäldlerisch. Für die Dauer des gesamten Osmanischen Reichs hindurch hat niemals ein Herrscher versucht, seine Macht in Dersim durchzusetzen.

Den ersten Versuch, die BewohnerInnen der Region der Zentralmacht zu unterstellen unternahm Kemal Atatürk: Einer von 1936 bis 38 dauernden Belagerung fielen 160.000 Menschen zum Opfer.



Bergland von Dersim: Erstmals seit 50 Jahren unter Kontrolle

Der Niederwerfung Dersims folgte eine Deportations- bzw eine Türkisierungswelle. Der Charakter dieser Türkisierungswelle wird in der Umbennenung der größten Ortschaft der Region deutlich: Die Stadt Dersim („silbernes Tor" zur Region) heißt heute offiziell Tunceli (in der Sprache der BewohnerInnen heißt „wir werden euch erschlagen wie Hunde").

Bekannt geworden ist das Massaker von 1936 bis 38 durch einen Aufruf an die Menschen der Welt, die BewohnerInnen von Dersim vor dem Verhungern und der Ermordung durch die türkischen Truppen zu bewahren.

Auch heute wird der Region nicht mehr Beachtung geschenkt als vor 60 Jahren: Sämtliche Reiseführer berichten selbst in ihren Auflagen von 1992 und später noch von den wunderbaren und ausgedehnten Pinienwäldern des Munzur-Nationalparks in Dersim. Diese jahrhundertealten Urwälder wurden jedoch bereits 1985 vom türkischen Militär mit Napalm bombardiert und zerstört, mit ihnen auch die Lebensgrundlage mehrerer tausend Menschen.

Nachdem bereits große Teile der Regionen Botan (Cizre) und Hakari für das türkische Militär praktisch Feindesland sind, machte die Armee vergangenen Herbst die Region Dersim zu ihrem Hauptoperationsgebiet. Wie es scheint sollten starke Truppenteile in Regionen eingesetzt werden, in denen sie vielleicht noch etwas gewinnen können, anstatt in von der PKK weitgehend kontrollierten Gebieten aufgerieben zu werden.

Den formalen Anlaß der Aktion lieferte der Guerilla-Komandant Semdin Sakik, der als einer der engsten Vertrauten des PKK-Chefs Abdullah Öcallan gilt. Um ihn zu fangen verlagerte die Armee 35.000 Soldaten nach Dersim, insbesondere in den sogenannten Munzur-Nationalpark nahe der Stadt Ovacik. In den letzten zwei Wochen sollen Militärs 18 Ortschaften rund um Ovacik angegriffen, zerstört und die BewohnerInnen in die Flucht getrieben haben. Vergangene Woche hat die Armee nach eigenen Angaben 500 PKK-Guerillas in einer Schlucht eingekesselt. Unter ihnen sollte sich auch Sakik befinden.

Am 21.April wurde schließlich Sakiks Tod gemeldet. Etwas voreilig, wie sich herausstellte. Der Guerillakomandant meldete sich am nächsten Tag telephonisch bei einer kurdischen Nachrichtenagentur. Ein Erfolg jedoch ist der türkischen Armee geblieben. „Wir haben dieses Gebiet zum ersten Mal seit mehr als 50 Jahren unter Kontrolle", berichtete ein Armeesprecher stolz nach der Einnahme der - unbewohnten - Schlucht.

Die Kämpfe in Dersim haben bisher etwa 250 Soldaten und 40 Guerillas das Leben gekostet. Des weiteren starben mindestens 120 BewohnerInnen der Region bei Militäreinsätzen.

(Quellen: Reuters; Kurd-A; ERNK, diverse Bücher)

...das Himmelreich...

Die Forderung der „Bewegung Neue Demokratie" nach Beendigung des Kriegs mag vielen sympathisch erscheinen, wird aber letztlich nicht darüber hinwegtäuschen können, daß diese neue Partei der UnternehmerInnen kaum eine dauerhafte Zustimmung bekommen wird (obwohl gewisse Berlusconi-haften Aufstiege und Stürze nicht auszuschließen sind). Der Mehrheit der Menschen hat sie wenig konkretes anzubieten.

Der drohende wirtschaftliche Kollaps macht sich für diese Mehrheit auch anders spürbar als etwa in reduzierten oder ausgebliebenen Gewinnen.

Dem Zeitgeist folgend hat auch die türkische Regierung die Jahre 1995 und 1996 zu Schlüsseljahren der Budgetsanierung erklärt. Auf praktische Umsetzung wartet dabei ein „Stabilisierungsprogramm", dessen Durchführung die Regierung vor etwa einem Jahr mit dem „Internationalen Währungsfond" vereinbart hat. Das Programm tragt klassisch „neoliberale Züge" und kratzt daher ganz gewaltig am ständestaatlich-sozialromantischen Grundgehalt, den die kemalistische Staatstradition zumindest theoretisch beinhaltet. Verstaatlichte Betriebe werden privatisiert, ArbeiterInnen in der Folge ebenso auf die Straße gesetzt wie die Löhne der verbleibenden Lohnabhängigen gekürzt.

Auf IWF-Befehl wird ein Programm um-

PKK-Chef Öcalan bietet Waffenstillstand und Verhandlungen an

gesetzt, daß sich Finanzmanager hochindustrieatisierter Staaten ausgedacht haben. Nicht ganz grundlos gehen diese davon aus, daß eine Senkung der Staatsausgaben keinen direkten Einfluß auf die Lebensmittelpreise hat. Eine Theorie, die von den Bedingungen der westlichen Industriestaaten ausgeht, in denen der Lebensmittelhandel von relativ wenigen Konzernen mit starkem finanziellen Rückhalt kontrolliert wird.

Wie auch in vielen anderen wenig industrialisierten Ländern paßt dieses Schema aber nicht auf die Republik Türkei: Lebensmittel werden dort zu 80% von privaten EinzelhändlerInnen verkauft, die ein, vielleicht zwei Geschäfte haben und gerade die Kosten und das für das eigene Überleben Notwendige erwirtschaften können. Fällt auf Grund von Lohnkürzungen und Entlassung die Summe verkonsumierbaren Geldes in einer Stadt, einer Region oder einem Land, verdient der oder die einzelne KleinhändlerIn eben weniger. Sinkt der geringere Umsatz unter das effektive Existenzminimum, so bleibt den Betroffenen logischerweise nichts anderes übrig, als die Preise zu erhöhen. Dieser Logik folgend stieg die durchschnittliche Inflationsrate im letzten Jahr von etwa 80 bis 90% auf knapp unter 150%.

Gegen das IWF-Programm entwickelt sich Widerstand: Eine Aktionsgemeinschaft verschiedener Gewerkschaften öffentlich Bediensteter (dem ständestaatlich anmutenden Staatsgedanken der Türkischen Republik folgend sind nur Teilbereichsgewerkschaften erlaubt) trotzte der Regierung das Versprechen einer Lohnerhöhung um 95% ab. Als schließlich errechnet wurde, daß diese Erhöhung das Budget mit 11 Milliarden Schilling belasten würde, verkürzte die Regierung das Versprechen auf 40%, also kaum mehr als ein Drittel der Inflationsrate.

Dieses Vorgehen war verdammt ungeschickt, denn auf das Regierungsversprechen hatten auch andere Gewerkschaften ihre Lohnforderungen abgestimmt. Mit der Versprechenskürzung hat die Regierung eine Front von Einzelgewerkschaften mit den Bankangestellten beginnend bis hin zu ganzen Produktionssektoren geschaffen, der ohne diese „staatliche Unterstützung" kaum zustande gekommen wäre. Für den 20.April wurde ein Warnstreik ausgerufen, der von 200.000 öffentlich Bediensteten befolgt wurde. Als ein zentrales Argument wurde dabei vorgebracht, daß der Krieg in Kurdistan jährlich 80 Mia Öschis verschlingt. Weitere Streiks sind angekündigt (obwohl es öffentlich Bediensteten eigentlich verboten ist zu streiken).

Dennoch haben fortschrittliche Gruppen im türkischen Teil der Republik zur Zeit wenig zu plaudern. Das mag zum Teil daran liegen, daß viele linke AktivistInnen nach dem Putsch von 1980 in den 1983 von der 1983 von den Militärs zugelassenen „Sozialistischen Volkspartei" SHP eingetreten sind. Die Mitgliedschaft in der SHP, die sozialromantisch-kemalistisch orientiert ist und nicht sozialdemokratisch, verschaffte vielen, die vor 1980 in revolutionären Gruppen gearbeitet hatten, zumindest ein wenig Schutz und die Möglichkeit, im eigenen Stadtteil politisch zu arbeiten (sofern der SHP-dominiert war). Nach dem Eintritt der SHP in die Regierung (sie hatte bei den Parlamentswahlen 1991 vor allem Dank kurdischer Stimmen fast ein Viertel aller Mandate gewonnen) unterstutzte sie sowohl das neoliberale Wirtschaftsprogramm des Seniorpartners DYP (Partei des Rechten Weges) als auch den eskalierenden Krieg gegen die KurdInnen. Bei den Kommunalwahlen im März 1994 konnte die SHP nur mehr streng kemalistisch orientierte WählerInnen ansprechen.

Alle halbwegs fortschrittlichen Gruppen waren in den Monaten vor dem Wahlgang verboten worden (zB die „Sozialistische Partei") oder durch Terror und Wahlordnungstricks an der Teilnahme gehindert worden (zB die kurdische „Partei der Arbeit des Volkes").

Die Orientierung vieler Linker auf eine Art Unterwanderung der SHP hat die Entstehung einer eigenständigen Linken im türkischen Teil der Republik verhindert.

Mit dem Fehlen einer fortschrittlichen Alternative zu den staatstragenden Parteien wurden andere Heilsmodelle wieder interessanter. Die Fundamentalistische „Refah-Partisi" (Wohlfahrtspartei) schaffte es, in ihrem Programm das Bedürfnis nach Ende des Krieges in Kurdistan („kein Krieg gegen Glaubensbrüder") mit dem Versprechen wirtschaftlicher Prosperität („Kooperation mit anderen islamischen Staaten") und Rückwärtsorientierung auf vorhandene

Krieg in Südkurdistan

Am 21.März, dem kurdischen Neujahrstag, marschierten türkische Truppen in das formal zum Irak gehörende kurdische Autonomiegebiet ein. Offizieller Auftrag ist die Zerstörung von PKK-Basen.

Dieses Ziel jedoch kann das türkische Militär nicht erreichen, denn in der besetzten Zone gibt es keine Lager der PKK. Diese sind bereits 1993 verlegt worden. Damals hatten Angehörige des südkurdischen KDP mit türkischer Unterstützung die PKK-Lager angegriffen. Um die Kämpfe unter KurdInnen zu beenden, erklärte sich die PKK zur Aufgabe ihrer Lager nahe der türkischen Grenze bereit.

Das von der PKK verlassene Gebiet ist seither Schauplatz bisweilen heftiger Kämpfe zwischen den beiden größten Fraktionen irakischer KurdInnen, der KDP und der PUK.

Die Region an der 350 km langen irakisch-türkischen Grenze wird jedoch auch von sehr vielen KurdInnen aus der Republik Türkei bewohnt, die nach Militärangriffen und der Zerstörung ihrer Dörfer und Städte in den vergleichsweise sicheren Süden flüchteten (so etwa flüchtete mehr als die Hälfte der BewohnerInnen der 6.000 EinwohnerInnenstadt Cizre nach der Zerstörung von 70% der Stadt nach Süden). Diese Menschen unterstützten nicht nur den Kampf der PKK, sie versuchten auch, soziale Strukturen neu aufzubauen und damit quasi manche Ziele des Befreiungskampfes vorwegzunehmen.

Innerhalb der ersten 5 Tage türkischer Besetzung verschwanden mehr als 700 Flüchtlingsfamilien aus dem Autonmiegebiet. AugenzeugInnen berichten, daß sie mit LKWs über die Grenze gebracht worden seien.

Mit der Verlagerung der Grenze um 40 km in den Irak hinein hat das türkische Militär aber nicht die Schaffung einer Pufferzone erreicht. Vielmehr hat sie schlicht das Gebiet, auf dem sie sich mit der PKK beschäftigen muß, um mehrere hundert Quadratkilometer vergrößert. Die Besetzung des Nordirak ist für das türkische Militär auf Dauer weder logistisch noch personell aufrecht zuerhalten. Bereits in den ersten fünf Tagen Besetzung wurden 130 türkische Soldaten bei mindestens 21 Angriffen der PKK getötet (17 tote Guerillas). Dazu kommt aber auch noch der zivile Widerstand der südkurdischen Bevölkerung. In mehreren Ortschaften bildeten die BewohnerInnen Menschenketten, um türkische Konvois am passieren zu hindern.

Obwohl sowohl KDP- als auch PUK-Führung mit der türkischen Regierung zusammenarbeiten, verweigern die irakischen KurdInnen großteils jede Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht.

Nicht zuletzt tun sie das aus allereigenstem Interesse: Im Zuge des türkischen Einmarsch haben nämlich auch Truppen Saddam Husseins versucht, in das Autonomiegebiet einzudringen.

Türkische Kurden als Flüchtlinge im Nordirak: 700 Familien verschwunden

Großmachtssehnsüchte (der osmanische Herrscher war gleichzeitig auch religiöser Fuhrer) zu verknüpfen. Ein attraktives Programm für jene, die zwar korrekterweise der Regierung die Schuld für die schlechte Wirtschaftslage geben, die daraus resultierende Forderung nach Demokratisierung der Gesellschaft aber ablehnen. Mehr als 18% all derer, die die Komunalwahlen nicht boykottiert hatten, stimmten für die Refah. Sie stellt damit zB die Burgermeister in Ankara und Istambul. Refah und die faschistische MHP (Nationale Heilspartei) stellen aber auch die Burgermeister in vielen kurdischen Stadten. Mit einer Anderung des Wahlgesetztes wenige Wochen vor der Wahl wurde nämlich Soldaten die Teilnahme an der Wahl erlaubt. Ihre Stimmen wurden jeweils jenen Orten zugezählt, in denen sie stationiert waren...

..und andere Legenden

Auf Altbewährtes zurückbesinnen will sich auch die Regierung aus konservativ-reaktionärer DYP und sozialromantisierender SHP: Sie arbeitet quasi an einer Wiederauferstehung des „Kemalismus". Dieser Rückgriff drückt sich auch personell aus, indem etwa Erdal Inönü, Sohn von Kemal Atatürks erstem Ministerpräsident sowie Nachfolger als Präsident, nach fast 15 Jahren in der politischen Quarantäne als Außenminister in die Regierung geholt wurde.

Mittelpunkt und quasi Hauptinhalt des „Kemalismus" ist Staatsgründer Kemal Atatürk. Der ehemalige osmanische General hat nach der Niederlage im ersten Weltkrieg als erstes die Situation überringelt und eine Art Diktatur der Bürokratie geschaffen. Dieses System wurde mehr oder minder aus dem gebildet, was aus dem Osmanischen Reich übriggeblieben war: Bürokratie und Militär. Nennenswertes türkisches Kapital gab es nicht, da der Handel im Osmanischen Reich schlecht angeschrieben und den NichtturkInnen vorbehalten gewesen war (Türken waren entweder Bauern oder Krieger - ein chauvinistisches Ideal, das bis heute die Gesellschaft prägt und zur Ausgrenzung kurdischer Flüchtlinge in Großstädten beiträgt).

Türkische Symbole auf den Bergen machen klar, wer hier der Herr ist...

Atatürk gelang es, mittels nationalchauvinistischer Kampagnen gegen GriechInnen, JüdInnen, ArmenierInnen (so welche das Pogrom von 1915 überlebt hatten) und andere „Minderheiten", einer Land-, Verwaltungs- und Justizreform (Säkularisierung der Gesellschaft) sowie der recht brutal vorangetriebenen Industrialisierung so etwas wie ein „republikanisches Bewußtsein" zu etablieren. Ende der zwanziger Jahre war die neue Republik strukturell genügend gefestigt, um alle verbliebenen, potentiellen Störfaktoren zu beseitigen. Atatürks Krieg um die totale Macht richtete sich gegen KurdInnen, KommunistInnen und alle anderen Gruppen, die irgendwelche Forderungen an den Zentralstaat stellten. Dennoch schwörten KomunistInnen noch in den 80ern heilige Eide auf Kemal Atatürk. Und rein theoretisch kann mensch für eine Beleidigung des Staatsgründers noch heute für Jahre in den Häfn gehen.

Der Rückgriff der Regierungsparteien auf den Kemalismus - sie organisierte 1994 mehrere Großdemonstrationen zu Ehren des Staatsgründers - ist ihre Form der Verlagerung ökonomischer und politischer Forderungen ins gestern: Ins besondere die Angehörigen der öffentlichen Verwaltung hoffen auf die Wiederherstellung quasi der Ehre der Bürokratie, die einst die zentrale Säule des Staates war und dementsprechende soziale Vorteile genoß (Sozialversicherung, eigene Schulen,...). Die DYP, der der Rückgriff auf Atatürk offenbar glaubwürdiger gelingt als der SHP, hat bei den Kommunalwahlen 1994 zumindest prozentuell ihr Ergebnis gehalten. Doch auch das gute Wahlergebnis kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es den einzelnen Gruppen nur gelingt, ihr ganz spezielles Klientel anzusprechen. Der Kemalismus aber hat davon gelebt, daß er den größten Teil der handlungsfähigen Bevölkerung hinter sich vereinigen konnte.

Der Krieg...

...im Osten der türkischen Republik wird folglich schon seit Jahren nicht allein gegen die KurdInnen geführt, sondern für den Erhalt des Staates und des Herrschaftssystems ganz generell. Eine politische Einigung in Kurdistan, sagt etwa Präsident Demirel ganz offen, würde bei allen möglichen gesellschaftlichen Gruppen den Wunsch nach Änderung ihrer sozialen und politischen Lage wecken.

Hinzukommt, daß sich gerade am Krieg in Kurdistan auch eine nationalistische Strömung anfachen läßt. Eine erfolgreiche Militäraktion, oft auf osmanische Symbole zurückgreifend als Halbmondaktion bezeichnet, spricht die in der türkischen Gesellschaft ganz offen zu Tage tretenden Großmachtsehnsüchte an. Der nationalistische Taumel vereinigt noch immer große Teile der Bevölkerung hinter sich. So scheint etwa eine von vielen KünstlerInnen getragene Spendenaktion für das Militär zur größten derartigen Aktion in der türkischen Geschichte zu werden. Zum großen Erfolg tragen auch Spenden von in Europa lebenden TürkInnen bei, denen die nationale Besoffenheit als einzige Verbindung mit der Heimat in einer mindestens ebenso national besoffenen deutschen oder österreichischen Realität per TRT-International frei Haus geliefert wird. Im Kabelsender wird trotz mehrfacher Proteste von menschenrechtsgruppen in der BRD weiter für das türkische Militär geworben

Fragt sich, was TRT sendet, wenn die Turkische Armee, wie zu erwarten ist, das Ziel, die PKK zu vernichten, verfehlt...

★

Die Politik der PKK

In der Woche vor Ostern hat PKK-Chef Öcallan der türkischen Regierung wieder einmal Verhandlungen und einen Waffenstillstand angeboten. Die Reaktion der Regierung war wie üblich: „Wir werden sie ausbluten..."

Paralell zum Waffenstillstandsangebot verstärkten kurdische Intellektuelle in den letzten Wochen ihre Vorbereitungen zur Bildung eines kurdischen Exilparlaments, welches inzwischen in Holland zusammengetreten ist. In einer Erklärung betonten die Mitglieder des Parlaments, daß sie eine Foderation aus KurdInnen und TürkInnen anstrebten.

Das Exilparlament ist keine PKK-Teilorganisation. Ihr gehören VertreterInnen verschiedenster kurdischer Gruppierungen, aber auch ERNK-Mitglieder an (die ERNK ist die Massenorganisation der PKK).

Über die gegenwärtige Stärke der PKK bzw ihrer militärischen Organisation, der ARGK, kann nur wenig gesagt werden. Schon mehrfach hieß es in den vergangenen Jahren, daß die Zahl ihrer KämpferInnen (es gibt reine Frauenemheiten; etwa 30% der Guerillas sind Frauen) auf 30.000 gestiegen ist. Tatsächlich steigt auch die Zahl ihrer Aktionen.

Auf der anderen Seite jedoch scheint die PKK vor einem ähnlichen Problem zu stehen wie bereits vor ihr Guerillagruppen in El Salvador, Guatemala und selbst Vietnam: Der Preis der Errichtung befreiter Gebiete sind Bombardements von Dörfern und viele Tote unter den BewohnerInnen. Der Schritt von der erfolgreichen Zurückdrängung einer Armee zur tatsächlichen und vollständigen Kontrolle über eine Region ist nämlich vom Einsatz entsprechender Waffen abhängig, über die in der Regel nur Regierungen verfügen (bzw zentral organisierte Armeen, wie der Krieg in Bosnien beweist). Mit dem Doppelschritt „Verhandlungsangebot bei gleichzeitiger Gründung eines Parlaments" könnte die türkische Regierung in arge Bedrängnis gebracht werden. Sollte sich, was zu erwarten ist, das türkische Militär ohne nennenswerte „Erfolge" im Kampf gegen die PKK aus dem Nordirak zurückziehen müssen, könnten die Geldgeber der Regierung verstärkt auf eine friedliche Lösung des Konflikts drängen. Hoffentlich...

EU-Gegnerschaft strafbar

Wie berichtet, wurde am 18. Jänner in Wien der Prozeß gegen 4 Frauen, die angeblich Anti-EU-Parolen gesprayt hätten, vertagt. Am 4. April fand nun der zweite Prozeß statt.

Autonome FrauenLesben-Rechtshilfe, TATblatt

Schwere Sachbeschädigung sollen sie durch Anbringen von Anti-EU-Parolen an Hausmauern, einem ORF-Funkwagen und dem zur Eröffnung bereitstehenden „Euro-Tunnel" der Einkaufsstadt „Lugner-City" angerichtet haben. Gesehen hatte sie keineR. Lackspraydosen im Auto reichten aus für eine Anzeige. Und schließlich auch für die Verurteilung.

Die Verhandlung vom 4. April endete nach eineinhalb Stunden mit Verurteilungen zu Geldstrafen von 8S 4 800,- bis 7 000,-.

Verurteilt wurde auf Basis von Indizien: Der im Auto gefundene Lackspray sei ident mit jenem der inkriminierten Sprayereien. Unbeachtet blieb die Aussage des Gutachters, daß von diesem Lack tausende von Kilo hergestellt würden. Bestraft wurden die 4 Frauen auch für Sprühereien, die offensichtlich zu einem Zeitpunkt stattfanden, als sie bereits in Haft waren, großzügig freigesprochen wurden sie hingegen für Sprayereien, die schon einen Monat vor ihrer Festnahme angezeigt worden waren. Zwei „beschädigte" Objekte wurden ausgeschieden, weil dem Gericht dafür noch keine Schadenshöhe mitgeteilt wurde. Sie werden zu einem späteren Zeitpunkt eigens verhandelt.

Begründet wurde die Verurteilung mit der EU-Gegnerschaft der 4 Frauen und der Vermutung, daß sie die Täterinnen seien. Da sie nicht zur Aufklärung des Tatbestandes durch ein klares Schuldbekenntnis beigetragen hätten, so die Staatsanwältin, käme es zu keiner Strafmilderung.

Die 4 Frauen legten Berufung ein.

Insgesamt nahmen beim Prozeß und der gleichzeitig stattfindenden Kundgebung vor dem Landesgericht 35-40 Frauen teil. Massives Polizeiaufgebot vor dem Gerichtsgebäude und dem Verhandlungssaal schützte derweil die herrschende Ordnung.

Spenden für Anwältin und Gerichtskosten
PSK-Sparbuch Nr. 30 407 264, Stichwort 11.6.

Wahlbewegung Rotes Wien

„[...] Die SPÖ ist nicht reformierbar. Ihre Führung betreibt asoziale Politik mit schlechtem Gewissen. Ideenlos ist die SPÖ Vollzieherin von konservativer bis reaktionärer Politik [...] Die Ampelkoalition ist keine Alternative, denn sie knüpft nicht an die sozialistischen Traditionen und Wertvorstellungen des Roten Wien an. Schließlich wird jegliche Opposition der Rechten überlassen [...] noch deutlicher und noch schneller wird sich der Schulterschluß zwischen den Freiheitlichen und den Stahlhelm-Karrieristen in der ÖVP vollziehen [...]"

So liest sich – auszugsweise – die Erklärung jener, die auszogen, um es besser zu machen. Eine Gruppe von Personen, etwa Erwin Weissel (linker SP-Splitter), Gerhard Ruiss (IG Autoren), Waltraud Stiefsohn (KPÖ), Josef Iraschko (Plattform gegen die neue Wohnungsnot) und Christian Neugebauer (Forum Regenbogen), forciert die Kandidatur einer linken Wahlbewegung bei den Wiener Gemeinderatswahlen '96. Zu ihren Gunsten will die KPÖ auf eine eigene Kandidatur verzichten. Alle *„linken, kritischen, emanzipatorischen und humanistischen Kräfte"* sind von den ProponentInnen eingeladen, *„an dieser Bewegung inhaltlich, kritisch und unterstützend mitzuarbeiten"*. Über den Sommer soll ein detailliertes Programm erarbeitet werden, am 1. Mai wird vorsorglich schon mal gefeiert (ab 16.00 Uhr, Celeste, 5, Hamburgerstraße 18).

WelcheR immer schon gerne mal im Rathaus sitzen oder an Wahlprogrammen mitarbeiten wollte, melde sich bei:

Bewegung Rotes Wien
Postfach 310, 1013 Wien.

★

Rechte Burschen in den Netzen

Antifaschistische Nachrichten 7/95, überarbeitet

Am Rande des „Festkommers" fand ein Geheimtreffen statt. Thema: In die Netze, sei's Panier! Hier Zitate aus dem Protokoll:

„Es gilt für Studenten und für alte Herrn die Devise: Die Datennetze und ihre Informations- und Diskussionsforen im Internet, Fido- und Z-Netz können und müssen unsere Foren werden. Viele von uns haben als Studenten oder Hochschulmitarbeiter gratis Zugang, ebenso wie alte Herrn aus Firmen und wir nutzen das nicht. Also, hinein in die Datennetze, sprecht Euch auf Euren Häusern ab, erlernt die Rituale und dann forsch drauf los. Entwickelt eine Diskussionsstrategie, die vorerst darauf gerichtet sein muß, bekennende oder bekannte Antifa-Zecken und Schalom-Litaneienschreiber madig zu machen. Wenn diese sich wehren, müssen wir 'au' schreien oder besser schreiben. Wir werden sie dadurch isolieren. Wir als scheinbar entschiedene Demokraten aus der rechten Mitte verstehen dann überhaupt nicht, warum die Antifas gegen uns die Keule schwingen und zu uns so intolerant sind. Liberale Scheißerchen verteidigen uns, wenn wir nur geschickt genug argumentieren, für uns die Freiheit der Netze verteidigen. So ziehen wir sie und die lesende Mehrheit auf unsere Seite. Die Arbeit, die Antifas aus den Netzen zu ekeln, übernehmen diese Toleranz-Trottel gerne für uns. Eines ist besonders wichtig, bestätigen wir uns gegenseitig mit kleinen Differenzen, es genügen fünf Aktive pro Forum und wir beherrschen inhaltliche Themenstellung und Diskussionsverlauf. wenn's dann soweit ist, können wir die Katze aus dem Sack lassen, über Vertreibung, alliierten Bombenterror, Überfremdung etc. Diskussionen einleiten."

★

Köstliche EU: Kakaobutter-Ersatzstoffe

Aus unserer beliebt-grausigen Serie „Die EU-Lebensmittelindustrie empfiehlt..." diesmal: Ersatzstoffe in der Schokolade.

EZA-Info; TATblatt

In den meisten EU-Ländern ist der Ersatz von Kakaobutter zur Herstellung von Schokolade durch sog. Kakaobutteralternativen (KBA) nicht erlaubt. Ausnahmen sind Dänemark, Großbritannien und Irland. Dort sind schon seit ewigen Zeiten 5% KBA am Gesamtgewicht erlaubt.

Nun setzt die Nahrungsmittelindustrie zum wiederholten Mal dazu an „die Richtlinien in der EU zu vereinheitlichen", natürlich nicht in die Richtung, daß KBA verboten werden, sondern daß 5% in allen EU-Ländern erlaubt sein sollen. Als KBA werden irgendwelche anderen Fette - etwa Palmöl oder Rapsöl - eingesetzt. Wesentlicher Grund sind wie immer die Kosten. Da der Schokolademarkt größtenteils von Multis wie Nestlé, Suchard oder Mars kontrolliert wird, sehen diese enorme Vorteile für ihre Bilanzen. Seit der Verweirklichung des Binnenmarktes können aber ohnehin alle EU-Produkte überall verkauft werden, d.h. britische und dänische Schokolade mit 5% KBA in anderen Ländern, wo dies eigentlich verboten ist.

Vor allem Fuji Oil und Unilever haben in den letzten Jahren groß in technische Lösungen investiert, aus billigem Öl durch Eiweißumwandlung KBA herzustellen.

Im „Feinkostladen der EU" (EU-Propaganda der Regierung, schon vergessen?), Österreich, sind 5% bereits jetzt erlaubt. Das schmeckt, billiger Ersatzdreck für teures Geld.

Das EU-Parlament ist jedenfalls bisher der Meinung, daß es zu keiner solchen Vereinheitlichung kommen soll und schmetterte vor wenigen Wochen eine entsprechende Vorlage ab.

★

Frankfurt/BRD: Die Methoden der Polizei

Frankfurt ist auch Hamburg, denn Hamburg ist überall

Frankfurter Rundschau, TATblatt

Nach den über die Landesgrenzen hinaus bekannt gewordenen rassistischen Übergriffen der Hamburger Polizei (phys. u. psych. Folter, z.B. Scheinexekutionen) gegen mutmaßliche Dealer, greift auch die Frankfurter Polizei auf diese „Ermittlungsmethoden" zurück.

Einem 28 Jahre alten Mann aus Marokko wurde gegen seinen ausdrücklichen Willen eine Magensonde gesetzt und ein zum Erbrechen führender Sirup verabreicht. Nach geltendem Recht ist dies eine Körperverletzung. Damit nicht genug wurde auch noch die vom Hersteller angegebene Maximaldosierung um das Dreifache gesteigert. Da dies ohne den gewünschten Erfolg blieb, wurde dem Verdächtigten zum Schluß ein Morphiumpräparat gespritzt, das zum Erbrechen führte. Der so „behandelte" litt unter massiven Nebenwirkungen der Medikamente, sodaß eine notärztliche Intervention erforderlich wurde.

★

EINLADUNG

ROTES WIEN

1. MAI FEST

BEWEGUNG ROTES WIEN

mit Kleinkunstprogramm, Musik (DIE GUTEN), tolles Buffet und Überraschung.

Am 1. Mai, 16:00 Uhr bis ...
"CELESTE", Hamburgerstr. 18, 1050 Wien

Reserviere Dir Deine Einladungskarte unter: 522 71 89
Eintritt: was Du geben willst

bezahlte Anzeige

TAblatt

Mittwoch, 26. April

Wien

★19.00. Antifa - Cafe im EKH (10. Wielandg.2-4); Antifa 10 & AJA zeigen den **Film: „Sind wir alle Faschisten?"**, anschließend Diskussion zum Thema Medienmanipulation und der aktuellen Hetzte gegen das EKH

♪19.30., Festsaal der TU , **Tudor Singers**, Chormusik

Donnerstag, 27. April

Wien

♪21.00, KUKU (6., Linke Wienzeile 98); **Dance (H)alf Night**, on the wheels of steel with Furious Horst, Raina Ragga und Papa Micky

☞19.00., 7P (7., 7-Sterng.31) **Diskussion** mit der Ankara - Theatergruppe über **türkisches Theater**

Freitag, 28. April

Wien

☞18.00., Art.Club (9., Soitalg.,4); **Bücherbasar „Kunst und Politik"**, Schwepunkte: Befreiung vom Faschismus und Der Frühsozialismus mit Büchern vom DÖW, Monte Verita und wer sonst noch seine Schätze hinbringen und verkaufen möchte; ebenso Sa. und So. ab 16.00.

☞17.00., Kongreßhaus (5 ,Margarethengürtel irgendwas); Internationaler Verband der Schriftsteller und Künstler zeigt ein **Theaterstück von Pir Sultan Abeta**

♪21.00., TU-Club (4., Panigig.1); **URGA**, Jazz

☞20.30, HTU - Kino (4., Informatik HS, Treitelstr.3) **Filmreihe: „Als wäre nichts gewesen"**; heute:**„Das braune Netzwerk"**; Die Aufrüstung der Neonazis, die ideologischen und organisatorischen Querverbindungen in der rechtradikalen Szene und deren Verbindungen zur parlamentarischen Rechten. Im Anschluß **Vortrag: Von Borodajkewycz zum Siegfriedskopf** - Faschistisch Kontinuitäten an der Uni nach 1945. Referate von Wolfgang Purtscheller und Heribert Schiedel.

♪??.??,EKH (10. Wielandg.2-4); **Double Nelson (Fr), Further Kind (T)**, DJ Furious Horst; Videos und Afterhourparty; Eintritt frei

♪23.00., U4 (12., Schönbrunnerstr. 222); „Rise!" und „W:I:E:N: sounds fair" präsentieren **WARP Night** mit Autechre, Seefeel, Richard James und weiß der Kuckuck wem noch alles

Samstag, 29. April

Wien

☞15.00 Museum Moderner Kunst, Palais Liechtenstein (9., Fürsteng. 1); Dieter Schrage führt durch Bilder von Kokoschka; gemeinsam soll über das was oft sehr mißverständlich als „Stil" bezeichnet wird gesprochen werden ; Anm.:3176900/34 oder 5225243

☞ab 16.00., HTU - Kino (4., Informatik HS, Treitelstr.3) **Filmreihe: „Als wäre nichts gewesen"**; heute 16.00.: **„Nacht und Nebel"**; der Film beginnt mit farbigen Aufnahmen. Die Kamera schwenkt durch die Ruinen des KZ Auschwitz. Frühlingsblumen, Gräser,...Dann nach einem Schwenk: verlassene Stacheldrahtzäune, Wachtürme, Baracken, SS - Quartiere, der Appellplatz, Gasöfen, Krematorien. Ein harter Schnitt: eine schwarz - weiß - Aufnahme von damals - die Mörder und ihre wehrlosen Opfer. „Und wir stehen da, schauen diese Ruinen an, als ob das alte Ungeheuer der Konzentrationslager unter diesen Trümmern begraben wäre."(Cayrol); anschließend: **„Von Richtern und anderen Sympathisanten"**, die Richter und Staatsanwälte des deutschen Reiches; Das Recht wird von ihnen gemäß den Interessen ihrer Herren angewandt- ohne Erbarmen. Der" Staatsfeind" ist schon, wer einen „abträglichen" Witz erzählt...Nach 1945 sind alle wieder in Amt und Würden; ihnen, die 16.000 Menschen verurteilten widr kein Haar gekrümmt, sie dürfen weiter Justitia würdig vertreten, diesmal im Interesse der Demokratie...18.00.:**„Schindlers Liste"**, 21.15.: **„Hasenjagd - Vor lauter Feigheit gibt es kein Erbarmen"**, 150 russischen Offizieren gelingt der Ausbruch aus dem KZ Mauthausen. Bei der Hatz auf die Entflohenen wird die ortsansässige Bevölkerung zur Teilnahme aufgefordert. Sie kommt diesem Verlangen freudig nach, beteiligt sich am Morden. Nur neun von 150 überleben die „Mühlviertler Hasenjagd", zweien davon gewähren die Karners Unterschlupf, die nicht mitmachen, unter Pflicht etwas anderes verstehen, als ihre pflichtgetreuen Nachbarn. 23.15.:**„Die Mörder sind unter uns"**, Berlin, 1945: Der Arzt Mertens - als menschliches Wrack aus dem Krieg heimgekehrt - muß erkennen, daß sein ehemaliger Hauptmann - der Weihnachten 1942 in Polen den Befehl zu einem blutigen Massaker gegeben hat - im Nachkriegsdeutschland rasch Karriere gemacht hat. Wieder naht der Weihnachtstag, für Mertens der Tag der Abrechnung...

♪??.??,EKH (10. Wielandg.2-4); **Kulta Dimentia & Knalfkopf**

♪23.00 U4 (12., Schönbrunnerstr. 222); Rosa's U4 - Konzert: FUN-DA-MEN-TAL; das neue Aushängeschild einer pakistanisch und indischen Musikszene in England; Mischung aus Hip-Hop, Bhangra, Reggae, Hindie - Movie - Soundtracks - alles - klar - ?

♪20.00., B.A.C.H.(16., Bachg.21); **Kramer & Dogbowl (USA)**; im Rahmen der Musikmesse „W.I.E.N. sounds fair"; anschl. DJ

Graz

☞Haurtbahnhof - **Ausstellung** bis 12.5.: **„Am Anfang war der Kolarik"**, Plakate aus drei Jahrzehnten zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Lanzenkirchen - NÖ

?19.00. Gemeindesaal (Schulg.63), Vortrag und Diskusion zum Thema: **„Ist der Massa gut bei Kassa - Reiseziel Frau"**; von 30.4. - 2.5. auch Fotoausstellung; Anm. unter Tel.:02627/45903Sonntag, 30.April

Wien

♪??.??, EKH (10. Wielandg.2-4); **Theaterwissenschaftsfest mit „Die Guten"**

?21.00., Frauenbeisl im WUK (9., Währingerstr.,59); **Walpurga-Fest**

1. Mai - Tag der ?

Wien

★10.00, Albertina, Tja-was werden wir da dann wohl machen ?; zum Beispiel der **Tschuschenkapelle** lauschen und irgendwann zum Parlament schlendernDienstag, 2. Mai

Wien

?11.00., Rathausplatz; **Piknik** anläßlich des Tags der Frauenarbeitslosigkeit wird gefeiert - nur für Frauen; Freizeitausrüstung mitbringen, wie Sonnenschirm, Liegestuhl, etc.

★16.00., Hochschule für Musik und darstellende Kunst (1., Johannesg.8 , Konzertsaal) im Rahmen des Symposions „Musik & Politik; Musikland Österreich ?" ein Referat von Gabriele Eder **„Österreichbewußtsein im Austrofaschismus - Auswirkungen auf das Musikleben 1933 - 1938."**

★18.30., IWK (9., Bergg. 17/1); **Studien zur Arbeiterbewegung**, mit Dr. Paul Kolm, Mag. Thomas Riesenecker- caba, u.a.

?19.00.: Biozentrum (9., Althanstr.14, Hörsaal 1); **Podiumsdiskussion mit: H. Schmidt, M. Petrovic und J. Dohnal**, diskutiert wird über Sinnhaftigkeit und Durchführbarkeit der Verordnung betreffend Maßnahmen zur Förderung von Frauen im Bundesdienst, Ist Quotenregelung wirklich das wirksamste Mittel, um Frauen zu fördern? - welche Alternativen haben die Podiumsteilnehmerinnen anzubieten?

☞21.00., TU-Club (4., Panigig.1); **Präsentation dse Literaturverlags: „ Das Fröhliche Wohnzimmer"**

♪20.00., B.A.C.H.(16., Bachg.21); **Sam Bennett (USA)**;

Mittwoch, 3. Mai

Wien

★11.00. Hochschule für Musik und darstellende Kunst (1., Johannesg.8 , Konzertsaal) im Rahmen des Symposions „Musik & Politik; Musikland Österreich ?" ein Referat von Oliver Rathkolb: **„Vissi darte Zur Unmöglichkeit der Entnazifizierung von Musikern nach 1945."** 15.00.: **„Musik und Öffentlichkeit. Kulturpolitik und Medien"**, von Reinhard Kannonier

★19.00. Antifa - Cafe im EKH (10. Wielandg.2-4); Antifa 10 & AJA zeigen den **Film: „Die wahre Legende des Subkomandante Marcos"**, anschließend Bericht über die Situation in Chiapas

Wiener Neustadt

?8.40. & 10.30. BRG Gröhrmühlg.27; **„Ist der Massa gut bei Kassa - Reiseziel Frau"**; Schulveranstaltung

Donnerstag 4. Mai

Wien

★10.00. Hochschule für Musik und darstellende Kunst (1., Johannesg.8 , Konzertsaal) im Rahmen des Symposions „Musik & Politik; Musikland Österreich ?" ein Referat von Clemens Hellsberg: **„Die Wiener Philharmoniker im Wandel der politischen Systeme Österreichs"**, 16.00.: **„Austropop zwischen Subkultur und Heimatkunst"**, von Edward Larkey

★19.30.: AAI (9., Türkenstr.3, Großer Saal); Vortrag: **„Entwicklung und Mobilität - Chancen und Risikem am Beispiel China"**

☞??.??, WUK (9., Währingerstr.59); ein Event der besonderen Art: um seinem Ruf als „letzte Ttutzburg des Kommunismus"(Zit.:F-Gemeinderätin) gerecht zu werden **„Ein Volksfeind"** von Hendrick Ibsen; bei Vorweis der Parteimitgliedschaft sind Plätze in den vorderen Rängen garantiert

Neunkirchen

?19.00. Vortragssaal der Musikschule (Schulg. 4); **„Ist der Massa gut bei Kassa - Reiseziel Frau"**

Freitag, 5., Mai

Wien

♪20.00., B.A.C.H.(16., Bachg.21); **Zottler (A)**

♪??.??, EKH (10. Wielandg.2-4); **Toaster**

Samstag, 6. Mai

Wien

♪??.??, EKH (10. Wielandg.2-4); **Flex's Digest Party**: Dirt & Final Warning

Innsbruck

?Haus der Begegnung - Innsbruck (Tschurtschenthalerstr.2a); **Forumtheater** spielt Möglichkeiten und Reaktionen durch zum Thema: **„Frauen in Alltags- und Gewaltsituationen"**; Anm. unter Tel.: 0512/58786

Sonntag, 7, Mai

Mauthausen

☞19:00., Steinbruch, Todesstiege; BurgschauspielerInnen lesen unter der Leitung von George Tabori **Texte aus dem KZ Mauthausen**

Montag, 8. Mai

Wien

?18.30., IWK (9., Bergg. 17/1); **Frauen im Umkreis des Austromarxismus**,

♪@p = e19.00 - 22.00:Denkmal der Roten Armee am Schwarzenbergplatz; **RAVE AGAINST FASCISM - FEST ZUM 50. JAHRESTAG DER BEDINGUNGSLOSEN KAPITULATION VON NAZIDEUTSCHLAND**; Line up: TIN, A 303, LX, PURE, CHILL, XAOS, SONDERWUNSCH, BÖSTAB - anschkießend geht's weiter in der 7P gasse 27 (7. Bez.)

♪22.00. U4 (12., Schönbrunnerstr. 222); **Seniorenclub**, im Zeichen der 15 - Jahre - U4 - Jubiläumsfeiern - Feiern (oder gibt's an dem Tag vielleicht nichts anderes zu feiern !)

Mattersburg

?19.00., Literaturhaus (Wulkalände 2); **Schreibwerkstatt für Frauen** unter der Leitung von Adolfine Zirkovic

Dienstag, 9. Mai

Wien

♪20.00., B.A.C.H.(16., Bachg.21); **B-Shops for the poor (GB)**

Mittwoch, 10. Mai

Wien

★19.00. Antifa - Cafe im EKH (10. Wielandg.2-4); Antifa 10 & AJA zeigen einen **Film: „Häzserkampf in Österreich"**, dazu Vortrag von Aktivistinnen

Enzesfeld

?19.30. Volksheim (Platz für Menschenrechte); **„Ist der Massa gut bei Kassa - Reiseziel Frau"**

bezahlte Anzeige

OHNE

Die Regierung baut ab. Den Sozialstaat in Österreich. Statt für Vollbeschäftigung zu sorgen, geht die Regierung den einfachen Weg: Sie nimmt denen etwas weg, die ohnehin schon weniger haben. Sozialabbau für Arbeitnehmerinnen, Angestellte und besonders bei Familien, um den teuren EU-Beitritt zu finanzieren. Wehren wir uns gemeinsam dagegen.

UNS

KPÖ

Umstrukturierung im TATblatt-Dunstkreis

Die Konsum-Pleite hat's wieder einmal bewiesen. Die Zeiten hochzentralisierter Konzerne sind vorbei. Dezentralisierung, Profit-Centers, Lean-Production sind nur einige der Stichworte, auf die modernes Management setzt, und von denen wir eigentlich nichts verstehen. Trotzdem gehen die Zeichen der Zeit auch an uns nicht mehr länger spurlos vorüber.
Der renommierte Zeitungs-, Archiv- Druck- und Revolutionsvorbereitungskonzern "Unabhängige Initiative Informationsvielfalt (UII)" – der vor allem durch Produktion und Vertrieb an sich verwerflicher Berichterstattung im Rahmen des TATblatts bekannt geworden ist – trägt diesem internationalen Trend nun endlich auch Rechnung, wenngleich aus anderen Beweggründen.
Was das alles so bedeutet, läßt sich schwer in einigen Sätzen zusammenfassen, zumal ich mich im Moment auch hinten und vorne nicht aussesich [auskenne]. Ich versuche es trotzdem:

Bisher war es so, daß die UII ihrem Vereinszweck folgend, die infrastrukturellen Voraussetzungen zur Entstehung des TATblatts zur Verfügung stellte, ohne dabei direkt Einfluß auf die Zeitung nehmen zu dürfen. Die UII beschaffte Informationen, führte ein Archiv, organisierte die technischen Geräte von PCs bis Druckmaschinen und kümmerte sich um den Vertrieb sowie die Geldgeschäfte. Die Bereiche Technik und Vertrieb nahmen dabei aber immer mehr überhand. Geräte und Arbeitskraft wurden längst nicht mehr nur dem TATblatt, sondern auch anderen linken Initiativen zur Verfügung gestellt. Nicht selten kam es zu Differenzen politischen oder wirtschaftlichen Hintergrunds zwischen den Leuten aus den verschiedenen unabhängigen Arbeitsbereichen der UII. Das ging soweit, daß sich der Infrastruktur-Bereich der UII nun verselbstständigt. Ab sofort übernimmt der neugegründete Verein INFRASTRUKTUR (Eigentlich heißt er ja Initiativgruppe für rationale Analyse gesellschaftlicher Strukturen, aber da die Abkürzung dieses Namens zufälligerweise INFRASTRUKTUR ergibt, verwenden wir umgangssprachlich nur mehr die Abkürzung) die technischen Geräte, den Druckbereich und das Archiv. Die Druckerei wird das TATblatt zwar weiterhin produzieren, dieses ist dort allerdings nur mehr Kundschaft wie alle anderen auch.
Ebenso wird der Vertrieb des TATblatts ab sofort von der INFRASTRUKTUR gecheckt. Für Abo-Fragen, Bestellungen etc. ist künftig die INFRASTRUKTUR zu kontaktieren.
Informationsbeschaffung, Nachrichtensammlung usw. erfolgt wie bisher irgendwie im Rahmen des Vereins UII, der sich dafür eine neue Bleibe gesucht hat. Die TATblatt-Redaktion ist weiterhin personell strikt von der UII getrennt. Die UII hat – wie übrigens auch die INFRASTRUKTUR – keine inhaltliche Mitsprachemöglichkeit.

Zusammengefaßt bedeutet dies für euch im Prinzip folgendes:
Abo-Bestellungen sind nunmehr an die INFRASTRUKTUR zu schicken. Adresse, Telefon- und Fax-Nummer entsprechen den ehemaligen von UII und TATblatt. (Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11, 5968078 Fax-Durchwahl 4)
Geld überweist ihr ab sofort bitte auf das Konto P.S.K. 92037311 der INFRASTRUKTUR. Die passenden neuen Erlagscheine findet ihr wie immer als Beilage zu den meisten TATblatt-Ausgaben.
Die Druckerei ist genauso erreichbar wie bisher (Gump...., siehe oben)
Für inhaltliche Beiträge fürs TATblatt ist die TATblatt-Redaktion zuständig. Bis auf weiteres könnt ihr alle Post an die selbe Adresse schicken wie immer (Gumpendorferstr., siehe oben). Die Post wird dann an die UII bzw. die TATblatt-Redaktion weitergeleitet.

Noch kürzer zusammengefaßt: Kümmert euch nicht weiter um unsere Umstrukturierungen! Schickt weiterhin alles an die Adresse Gumpendorferstraße 157/11, 1060 Wien! Ruft weiterhin bei (0222) 5968078 an! Faxt weiterhin an die obige Nummer und hängt noch einen 4er an. Das TATblatt hat dort noch ein Postfach und bekommt alles garantiert weitergeleitet und/oder ausgerichtet!
Verwendet aber bitte für Abo-Zahlungen die neuen Erlagscheine der INFRASTRUKUR!
Das Plenum ist ab sofort bis auf weiteres nicht mehr öffentlich. Es gibt aber freilich auch Ausnahmen: Alle Leute, die irgendwas – Artikel, ... – mit der TATblatt-Redaktion besprechen wollen, können sich mit dieser zusammenreden, erfahren dann Plenumstermin und -ort, und können dann zu den Treffen kommen.

Alles klar?
Liebe, Kraft und Verwirrung!

Achtung Abonnentinnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, das du als letztes im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!!! Bei Fehlern oder Unklarheiten bitte einfach bei uns anrufen oder uns schreiben!

P.b.b., Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1100

Das nächste TATblatt erscheint am 10. Mai

Das TATblatt ...

... ist eine seit 1988 existierende und 14-täglich erscheinende, selbstverwaltete Zeitschrift. "Alles über das Böse auf der Welt", "Nachrichten aus dem Widerstand" oder "die Zeitung für TäterInnen"; unsere Arbeit genau zu definieren, fällt uns schwer.
Klar ist aber: "Objektivität" und "Ausgewogenheit" sind nicht unsere Sache!
Das TATblatt soll die Wut, den Widerstand und vor allem die Erfolge der Menschen zum Inhalt haben, die keine "Herrschten" sein wollen.
Das TATblatt soll nicht "Zentralorgan" sein. Es ist Platz für Diskussionen und Erfahrungsberichte: Die Wege in eine Gesellschaft ohne Unterdrückung der Frauen, ohne Rassismus, ohne Hierarchie, Dogmatismus und Profitdenken sind in keiner Landkarte eingezeichnet, kein Führer kennt den Weg!
Das TATblatt darf nicht "fertig", und schon gar kein "Produkt" sein, sehr wohl aber ein in ständiger Entwicklung befindlicher Ausdruck der Suche nach einer anderen Gesellschaft.
Wer sich von Rechtschreibfehlern, kontroversieller Diskussion und Chaos nicht abschrecken läßt, ist herzlichst eingeladen, mitzumachen...

Kontakt

Journaldienst: *Mittwoch 15–18 Uhr (Wien 6, Gumpendorferstr. 157/11)*

Verkaufsstellen

WIEN 1: *•BH Südwind (Kleeblattgasse 4) •BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) •Zeitungskiosk R. A. Kerean (Kärntnertorpassage – beim U4-Abgang) •Zentralbuchhandlung (Schulerstraße 1)* ***WIEN 3:*** *• Arena-Beisl (3, Baumgasse 80) •Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf „Unser Laden" (Apostelgasse17)* ***WIEN 4:*** *Beisl TU-Club (Paniglgasse/Ecke Argentinierstraße)* ***WIEN 6:*** *•Beisl KUKU (Linke Wienzeile 98 •Platten RAVE UP (Hofmühlgasse 1)* ***WIEN 7:*** *•V.E.B. Sacro (Neustiftgasse 68, im Hof) •Platten Why Not (Kirchengasse)* ***WIEN 8:*** *•EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) •Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38)* ***WIEN 9:*** *•BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) * BH Löwenherz (Berggasse 8, Eingang Wasagasse) •BH Reisebuchladen (Kolingasse 6)* ***WIEN 10:*** *•Bioladen "Der Laden" (Gudrunstraße 143) •EKH (Wielandgasse 2–4)* ***WIEN 16:*** *•Beisl CI (Payergasse 14) •Beisl B.A.C.H (Bachgasse 21)* ***STOCKERAU:*** *•Bäckerei W. Schwarz (Heidstraße 11)* ***GRAZ:*** *•ÖH-GEWI, Zimmer 5 (Schubertstraße 2-4) •Jugendzentrum Explosiv (Schützgasse 16)* ***SALZBURG:*** *•ÖH-Fakultätsvertretung NAWI (Hellrunnerstraße 34)* ***SCHWERTBERG:*** *•Kulturverein KANAL (Josefstal 21)* ***INNSBRUCK:*** *•Utopia (Tschamlerstraße 3)*

TATblatt-Abo

Zahlungen an:
Verein „Infrastruktur" (1060, Gumpendorferstraße 157/11), P.S.K. 92.037.311.
einfach beiliegenden Erlagschein (P.S.K. 92 037 311 - Empf: Infrastruktur) ausfüllen (Name und Adresse auch am rechten Abschnitt vollständig eintragen !!!) und einzahlen!
Preise innerhalb Österreichs:
10-Nummern-Abo: 140,- Öschs
20-Nummern-Abo: 270,- Öschs
Preise außerhalb Österreichs:
10-Nummern-Abo: 200,- Öschs

Impressum

Medieninhaberin, Herausgeberin: *Unabhängige Initiative Informationsvielfalt, 1100 Wien, Pernerstorfergasse 42*
DVR Nr.: *0558371*
Druck und Vertrieb:
Verein „Infrastruktur", 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11
Druckerei-Öffnungszeiten: *Mo-Fr: 15-18 Uhr (ebd.)*
Telefon: *(0222) 5968078*
Fax: *(0222) 5968078-4*
Konto: *P.S.K. 92.037.311*

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.

Nachtrag zu Ebergassing:

Unter den Hinterbliebenen befinden sich 3 kleine Kinder, deren wirtschaftliche Zukunft völlig ungesichert ist. Angehörige haben für diese ein anonymes P.S.K. Sparbuch eröffnet:
Kto.Nr. 7.000.113 (BLZ: PSK, 60.000)
Empfänger:
Privatsparbuch 204.905.585